D 9499 F

4/5 1991

APRIL/MAI 1991

STUDIEN VON ZEITFRAGEN

Rechtsextremismus im vereinten Deutschland

Arabisches Versailles oder Stabilität?

Resolution 687 der UNO

INHALT

33. Jahrgang Heft 4/5 April/Mai 1991

EDITORIAL

DEUTSCHLAND

GOLFKRIEG

DOKUMENTE

BÜCHER & SCHRIFTEN

Rechtsextremismus im vereinten Deutschland Erster Teil

Der Verfasser analysiert mögliche Entwicklungen, die aus der radikalen Aufhebung der Gesellschaftsstruktur der ehemaligen DDR und der ihr angepaßten Verhaltensmuster und Einstellungen erwachsen könnten – keineswegs in Richtung freiheitlicher Haltung in einem Lebensrahmen sozialer Sicherheit:
Im vereinten Deutschland dürften sich die sozialen Gegensätze verschärfen, regionale Ungleichgewichte (Ost/West-Gefälle) und Ungleichzeitigkeiten der Entwicklung zunehmen. Neben der „Zwei-Drittel-Gesellschaft" (Peter Glotz) kann sich so eine „Drei-Viertel-Gesellschaft" bzw. „Vier-Fünftel-Gesellschaft" herausbilden. Es wird „Anschlußverlierer/innen" und „Anschlußgewinner/innen" geben. Soziale Polarisierung führt in Deutschland erfahrungsgemäß nicht zur Revolutionierung der Massen, sondern zur Radikalisierung nach rechts.
Das soziale Klima wird im vereinten Deutschland eisiger, der Umgang mit Nachbarn rauher und die Aggressivität des kalten Krieges nach innen gekehrt: Intoleranz, Militanz und Gewaltakzeptanz nehmen zu; physische Repression gilt teilweise wieder als legitimes Mittel der Politik.

Seite 4

Impressum

STUDIEN VON ZEITFRAGEN

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:
Prof. Dr. Arno Klönne

Redaktion:
Prof. Dr. Arno Klönne,
Nikolaus J. Ryschkowsky,
Peter G. Spengler

Redaktionsanschrift:
Annette-von-Droste-Str. 10
4790 Paderborn

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verlag:
Peter G. Spengler Verlag
Oeder Weg 23
6000 Frankfurt am Main 1
Postfach 70 09 03
6000 Frankfurt am Main 70
Telefon (069) 597 4213

Satz und Vertrieb:
Spengler Verlag

Druck:
W. Burck
Hainer Weg 102
6000 Frankfurt am Main 70

Erscheinungsweise:
elfmal im Jahr
ISSN 0934-8670

Bezugspreis (für 1 Jahr): 40 DM
incl. Porto und Versand

Einzelheft: 4 DM

In den Preisen ist die gesetzliche MWSt enthalten.

Bankverbindung:
Postgirokonto
FFM 2769 30-608

EDITORIAL

Nur Übergangszeiten?

Der Staatssozialismus von der DDR bis zur Sowjetunion wollte einmal den hochentwickelten Teil der kapitalistischen Welt im Hinblick auf Wirtschaftswachstum und Wohlstand „einholen und überholen", ausgerichtet an demselben Produktivitäts- und Konsummuster wie es der Westen entwickelt hat. Nun wird dasselbe Ziel auf dem Wege der Kapital- und Marktwirtschaft angestrebt, verständlicherweise, da der „westliche Lebensstil" in seinen materiellen Errungenschaften durch internationale Kommunikation mehr noch als früher den Menschen in Osteuropa alltäglich verlockend erscheint. Vermutlich ist damit ein Ziel gesetzt, das nicht erreichbar ist, denn: Schon in der kapitalistischen Welt ist in den sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern die große Mehrheit der Menschen von den florierenden Zonen der Wirtschaft ausgeschlossen, und selbst in den hochentwickelten Ländern existieren hier (siehe USA) weitreichende Zonen der Armut.

Nicht das Lebensmuster der ökonomisch-sozialen „Metropolen" prägt die Existenzweise der Bevölkerungsmajorität, wenn man die „westliche Welt" und ihre wirtschaftlichen Dependancen als Gesamtheit betrachtet; die „Peripherien" machen den größeren Teil aus, wobei sich „Metropolen" und „Peripherien" auch in vielen Gesellschaften gegenüberstehen, die sich von ihrem Produktivitätsstand her in der Spitzengruppe des Weltmarktes befinden.

Daß die materiellen Chancen und Gewohnheiten der „Metropolen" irgendwann einmal so verallgemeinert werden könnten, daß sie den Massen von Menschen in den jetzigen „Peripherien" in der Alltagsnormalität zur Verfügung stünden, nimmt ernsthaft kein westlicher Wirtschaftsexperte an; an einem zentralen Beispiel: die „Autogesellschaft" ist (schon aus ökologischen Gründen) für die Mehrheit der Weltbevölkerung nicht machbar. In seinen materiellen Konsequenzen läuft der kapitalistische Gesellschaftsentwurf global nicht auf Gleichheit, sondern auf Ungleichheit hinaus.

Insofern hat die „sanfte Revolution" im Ostblock 1989 einen anderen Kontext als ihn frühere demokratische Revolutionen wie die von 1789 und 1848 hatten; damals konnte angenommen werden, daß gleiche Rechte in der Politik auch gleiche Chancen in der materiellen Existenzweise hervorbringen würden, tendenziell wenigstens. Davon kann heute keine Rede sein, und manches spricht dafür, daß ein Teil der Bevölkerung in den bisherigen Ostblockstaaten dies bereits ahnt, darauf auch schon mit politischer Apathie oder mit anderen als demokratischen Politikideen reagiert.

Mit diesen Bemerkungen soll nicht der Gedanke nahegelegt werden, Osteuropa sei besser beim Staatssozialismus verblieben; es soll nur auf einen historisch schwerwiegenden Grundsachverhalt hingewiesen werden: Die Umbrüche in den osteuropäischen Ländern werden einem großen Teil der Bevölkerung nicht die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bescheren, die als scheinbar generelle Eigenschaften des Kapitalismus erhofft wurden oder noch werden.

Die Verheißung einer weltweiten „Zivilgesellschaft", in der Marktwirtschaft (die nur noch ökologisch verträglich zu machen sei), Wohlstand, soziale Sicherheit und politische Freiheit für alle Menschen gewissermaßen systemisch erzeuge, ist eine Fiktion oder ein propagandistisches Konstrukt; viele Menschen in Osteuropa werden dies nur zu bald spüren. *Arno Klönne*

Rechtsextremismus im vereinten Deutschland

Von Dr. Christoph Butterwegge

Der Verfasser analysiert mögliche Entwicklungen, die aus der radikalen Aufhebung der Gesellschaftsstruktur der ehemaligen DDR und der ihr angepaßten Verhaltensmuster und Einstellungen erwachsen könnten – keineswegs in Richtung freiheitlicher Haltung in einem Lebensrahmen sozialer Sicherheit: Im vereinten Deutschland dürften sich die sozialen Gegensätze verschärfen, regionale Ungleichgewichte (Ost/West-Gefälle) und Ungleichzeitigkeiten der Entwicklung zunehmen. Es wird „Anschlußverlierer/innen" und „Anschlußgewinner/innen" geben. Soziale Polarisierung führt in Deutschland erfahrungsgemäß nicht zur Revolutionierung der Massen, sondern zur Radikalisierung nach rechts. Dem zu wehren ist auch Thema dieser Studie.

Die sogenannte Neue Rechte in der „alten" Bundesrepublik

Rechtsextreme Gesinnungen und Organisationen, die eng zusammengehören, analytisch jedoch voneinander getrennt werden müssen, hat es seit Gründung der Bundesrepublik immer gegeben. Der organisierte Rechtsextremismus bildet nur die Spitze des Eisberges, seine Entwicklung ist aber symptomatisch für das sehr viel komplexere Gesamtphänomen.

Der organisierte Rechtsextremismus entwickelte sich in drei Wellen, die stichwortartig gekennzeichnet seien: Zwar wurde er nach dem Zweiten Weltkrieg und Niederschlagung des Hitlerfaschismus seiner politischen Machtbastionen beraubt, die soziale Basis für den Neofaschismus und -nazismus blieb indes weitgehend erhalten. Zu den Geburtsfehlern der Bundesrepublik gehörte die im Zeichen der Restauration und des Kalten Krieges gründlich mißlungene Entnazifizierung.[1]

Die Nachkriegsrechte orientierte sich am NS-Regime und rekurrierte auf die Reichsideologie, was sich auch in den Namen dieser Parteien (Sozialistische Reichs-Partei, SRP; Deutsche Reichspartei, DRP) manifestierte. Das Verbot der SRP 1952 markierte eine Zäsur insofern, als es mithalf, den organisierten Rechtsextremismus für anderthalb Jahrzehnte auf das Niveau von Sekten herabzudrücken. Je erfolgreicher das politisch-parlamentarische und sozioökonomische System der Bundesrepublik war (Westintegration, Wohlfahrtsstaat, „Wirtschaftswunder"), um so mehr wurde die extreme Rechte an den Rand gedrängt.

Erst im Gefolge der Rezession 1966/67 und Bildung einer Großen Koalition gelangen der 1964 gegründeten Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) bei Kommunal- und Landtagswahlen wieder überraschende Wahlerfolge. Sie scheiterte jedoch 1969 an der Fünf-Prozent-Hürde und zog nicht in den Bundestag ein. Zu Beginn der 70er Jahre wurde die äußerste Rechte erneut marginalisiert, denn die westdeutsche Exportwirtschaft florierte und die CDU/CSU reintegrierte als Oppositionspartei nationalkonservative Wählerschichten.

Im Übergang zu den 80er Jahren vollzog die extreme Rechte mehrerer Länder Westeuropas, beginnend in Frankreich, einen Paradigma- und Strategiewechsel. Sie konzentrierte sich nicht mehr auf den Staat(sstreich), sondern versuchte, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und das politische Klima grundlegend zu verändern.[2] In der BRD gruppierte sich die sog. Neue Rechte um Theoriezirkel und Zeitschriften, welche Bündnispartner im nationalliberalen und neokonservativen Lager fanden. An die Stelle gescheiterter Bemühungen, Hitler von NS- und Kriegsverbrechen freizusprechen, traten Versuche der Rechtsextremisten, sich selbst und das überkommene Gedankengut von Hitler zu befreien.[3] Parteipolitisch verkörperten die im November 1983 gegründeten REPUBLIKANER eine ganz neue Generation der äußersten Rechten, die nicht mehr durch den bloßen Hinweis auf ihre geistige Erblast zu besiegen war.[4]

Rechtsextremismus in der (ehemaligen) DDR

In der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR wurden zwar die faschistischen bzw. monopolkapitalistischen Grundstrukturen des Großdeutschen Reiches unter Berufung auf das Potsdamer Abkommen zerschlagen, Nationalsozialisten aus öffentlichen Ämtern entfernt und Kriegsverbrecher bestraft, im Zeichen des Stalinismus aber keine demokratischen Strukturreformen verwirklicht, die auf eine „Entnazifizierung der Köpfe" hätten abzielen müssen.[5] Auch in der DDR wurde die NS-Vergangenheit nicht systematisch aufgearbeitet und bewältigt, sondern - wie in der BRD - verdrängt, indem man sich mit der UdSSR verbrüderte und gewissermaßen nachträglich zum Mitsieger des Zweiten Weltkrieges erklärte.[6]

Die DDR war ein Land, in dem Antifaschismus unter Führung der SED zunächst auf den kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus reduziert, weitgehend glorifiziert und zur Staatsideologie hochstilisiert wurde. Rechtsextremismus und Neonazismus durfte es im „ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden" nach offizieller Lesart nicht geben. Wenn solche Gesinnungen und Organisationen wider Erwarten doch auftauchten, half man sich mit der Hypothese, es handle sich um Importe aus dem kapitalistischen Westen, um besonders üble Versuche der ideologischen Diversion durch den Klassengegner. Ursachenforschung war verpönt, Forschungsergebnisse

wurden nicht publiziert, sondern bewußt ignoriert - selbst dann noch, als sich zu Beginn der 80er Jahre die Anzeichen für eine jugendliche Subkultur mit fließenden Übergängen zum Rechtsextremismus, neofaschistische Exzesse und politische Prozesse gegen Skinheads häuften.[7]

Die von einer demokratischen Basisbewegung herbeigeführte „Wende" in der DDR (Herbst 1989) hat durch Freisetzung im Schoße des Stasi-Sozialismus herangereifter, aber mit Polizeigewalt niedergehaltener Kräfte der extremen Rechten paradoxerweise genauso zur Stärkung einer reaktionären Grundströmung beigetragen wie die „Wende" in der alten Bundesrepublik (Herbst 1982). Hier wie dort war der Aufschwung (neu)rechter Ideologien, Parteien und Organisationen - z.B. der REPUBLIKANER - das Ergebnis einer doppelten Hegemoniekrise: Eike Hennig spricht bezüglich der BRD in diesem Zusammenhang von einer „Parallelität der Delegitimierung von Regierung und Opposition" und verweist auf die sinkende Wahlbeteiligung im Vorfeld der gar nicht überraschenden REP-Erfolge.[8] Sowohl der herrschende Block und seine liberal-konservative Regierungskoalition als auch eine - insbesondere für Jugendliche - nicht mehr attraktive Opposition, die weder im Bundestag noch außerparlamentarisch (Krise der neuen sozialen Bewegungen gegen Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre) eine wirkliche Alternative zur bürgerlichen Mehrheitsformation darstellte, hatten an Glaubwürdigkeit verloren. In der DDR führte die Massenflucht über Ungarn und die Prager Botschaft zum Offenbarungseid einer Staats- und Parteiführung, die sich nur noch durch Repressalien und Privilegien behauptete. Umgekehrt war die Bürgerbewegung zwar in der Lage, den Sturz des SED-Regimes zu bewirken, aber nicht stark genug, um Mehrheiten für einen „eigenen", demokratisch-sozialistischen Staat zu mobilisieren. Der Ruf nach Vereinigung beider deutscher Staaten wurde immer lauter, auch deshalb, weil Illusionen über die damit verbundenen Schwierigkeiten und Anpassungsprobleme vorherrschten.

Der brutale Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeits-, Wohnungs- und Immobilienmarkt verändert die DDR-Gesellschaft von Grund auf. Tradierte Verhaltensmuster erweisen sich gewissermaßen über Nacht als ungeeignet, den Alltag zu meistern. Der Sprung aus einem langweiligen, spießigen und biedermeierlichen Staatssozialismus in einen schnellebigen, skrupellosen und zutiefst amoralischen Privatkapitalismus (mit Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Mietwucher) wird nicht allen „Ossis" gelingen. Ein Großteil wird von der Dynamik einer „ursprünglichen Akkumulation" überfordert sein und sich nicht in der Lage sehen, (sofort) mit den „Wessis" Schritt zu halten. Wo immer Goldgräberstimmung herrschte, sind Minderheiten auf der Strecke und (für radikale Heilslehren anfällige) gescheiterte Existenzen zurückgeblieben!

Der brutale Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeits-, Wohnungs- und Immobilienmarkt verändert die DDR-Gesellschaft von Grund auf. Tradierte Verhaltensmuster erweisen sich gewissermaßen über Nacht als ungeeignet, den Alltag zu meistern.

Die Befreiung aus den Zwängen sozialer Kontrolle und politischer Überwachung dürfte mit einem kollektiven Identitätsverlust und Krisenerfahrungen einhergehen, die DDR-Bürgern fremd waren, weil sie „von der Wiege bis zur Bahre" behütet wurden. Repressive und hierarchisch-autoritäre Strukturen in unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen (Familie, politisches und Bildungssystem) haben deformierte Charaktere hervorgebracht[9], die sich autoritär und hierarchisch strukturierten, Gewalt befürwortenden Parteien der extremen Rechten nähern könnten, sobald ihre Hoffnungen auf ein „gutes Leben" von der real existierenden Markt- und Profitwirtschaft bitter enttäuscht werden.

Der marxistisch-leninistischen „Überpolitisierung" im SED-Staat folgt eine Entpolitisierung, dem Kollektivismus ein ausgeprägter Individualismus. Modernisierung, Kommerz und Konsumismus führen zur Auflösung sozialkultureller Milieus, zur Atomisierung und Isolierung, zur Vereinzelung und Vereinsamung vieler Menschen. Es war kein Zufall, daß die REPUBLIKANER 1989 in den anonymen Wohnsilos am Stadtrand westdeutscher Großstädte überdurchschnittliche Stimmengewinne verzeichneten.

Wer über die Gefahr des Rechtsextremismus im vereinten Deutschland spricht, sollte weder vom Stalinismus, administrativen DDR-Sozialismus und „verordneten Antifaschismus" des SED-Regimes (Ralph Giordano) noch vom „neuen Manchesterkapitalismus" (Günter Grass) und „DM-Nationalismus" (Jürgen Habermas) schweigen.

Die Durchkapitalisierung der ehemaligen DDR geht nicht mit einer umfassenden Demokratisierung, Entmilitarisierung und „Zivilisierung" aller Lebensbereiche, sondern mit dem Verlust vieler Errungenschaften der Oktober/November-Revolution '89 (Führungsrolle der Basisbewegungen, Bürgerkomitees und Runder Tische) einher.

Der überstürzte „Anschluß" läßt keine Entwicklung alternativer Lebensformen und Mitbestimmungsmodelle zu, sondern bedeutet Unterwerfung und setzt den Verzicht auf die eigene Geschichte voraus, was dazu beiträgt, daß Sicherheit häufig in einer fragwürdigen „nationalen Identität" gesucht wird.

Wohin wird sich die Bevölkerung der ehemaligen DDR wenden, falls ihr verständlicher Wunsch nach einem kontinuierlich wachsenden Wohlstand nicht bald in Erfüllung geht? Die politische Linke ist demoralisiert, Sozialismus in jeder, auch demokratischer Form durch Stalinismus und Stasi-Absolutismus für lange Zeit diskreditiert. Bleiben eigentlich nur der Rückzug ins Private, nostal-

gisch verklärte Blicke zurück und der Weg nach ganz rechts...

Neuer deutscher Nationalstaat - neuer Deutschnationalismus, Großmachtchauvinismus und Revanchismus?

„Deutschland, einig Vaterland" - für viele Bürger/innen vor allem der ehemaligen DDR ein langgehegter Wunschtraum - ist für andere ein Trauma, das sie mit nationaler Überheblichkeit („Deutschland, Deutschland über alles"), Großmachtplänen und Gebietsansprüchen („Heute gehört uns Deutschland, morgen die ganze Welt") verbinden. Tatsächlich ergeben sich durch die Vereinigung neben Chancen zur Überwindung der Staats- bzw. Systemgrenzen und für eine gesamteuropäische Friedensordnung auch Gefahren: Deutschnationalismus, großdeutscher Chauvinismus und Revanchismus erhalten neue Nahrung. Deutschlands EG-Dominanz, seine ökonomische Potenz und führende Rolle im Welthandel fördern fast zwangsläufig Tendenzen, auch (militär)politisch mehr Einfluß auf andere Länder nehmen, sich als mitteleuropäisches Machtzentrum profilieren und die kontinentale Hegemonie erringen zu wollen.

Im vereinten Deutschland dürften sich die sozialen Gegensätze verschärfen, regionale Ungleichgewichte (Ost/West-Gefälle) und Ungleichzeitigkeiten der Entwicklung zunehmen. Neben der „Zwei-Drittel-Gesellschaft" (Peter Glotz) kann sich so eine „Drei-Viertel-Gesellschaft" bzw. „Vier-Fünftel-Gesellschaft" herausbilden. Es wird „Anschlußverlierer/innen" und „Anschlußgewinner/innen" geben. Soziale Polarisierung führt in Deutschland erfahrungsgemäß nicht zur Revolutionierung der Massen, sondern zur Radikalisierung nach rechts.

Das soziale Klima wird im vereinten Deutschland eisiger, der Umgang mit Nachbarn rauher und die Aggressivität des Kalten Krieges nach innen gekehrt: Intoleranz, Militanz und Gewaltakzeptanz nehmen zu; physische Repression gilt teilweise wieder als legitimes Mittel der Politik. Hausbesetzungen sozial deklassierter Jugendlicher, Krawalle und Hooliganismus könnten die Vorboten sehr viel massiverer Protestaktionen sein, diese zusammen mit einer ständig steigenden Kriminalität (Chemnitz ist nicht Chicago, wird ihm aber ähnlicher!) Forderungen nach der Wiederherstellung von „Ruhe und Ordnung" durch Polizeieinsätze provozieren und rechtsextreme bzw. neofaschistische Gruppen davon profitieren.

Wenn die DDR „sizilianisiert", zum „Armenhaus" der Bundesrepublik und zu einem Billiglohnland wird, erscheinen den westdeutschen Arbeitnehmern ihre dortigen Kolleg(inn)en unwillkürlich als Konkurrent(inn)en. Was liegt für Unternehmer näher, als sie gegeneinander auszuspielen, zumal die Abwanderung in Ost/West-Richtung fortdauern dürfte? Die Nivellierung der Löhne und Gehälter nach unten erhöht den Leistungsdruck in Betrieben und Büros, dem Millionen Menschen ohnehin nicht oder nur um den Preis ihrer physischen bzw. psychischen Gesundheit gewachsen sind.

Rechtsextremisten konzentrieren sich nicht mehr auf Randgruppen, sondern organisieren und mobilisieren eine „interklassistische" Klientel, die vom sozialen Absturz betroffen oder vom sozialen Abstieg bedroht ist. Das Wolfsgesetz der „Ellenbogengesellschaft" löst Status- und Versagensängste aus, die eine notwendige, wiewohl keine hinreichende Bedingung für eine Rechtsentwicklung bilden. Wo nackte Existenzangst herrscht und Rücksichtslosigkeit persönlichen Erfolg verspricht, feiert der Sozialdarwinismus fröhliche Urständ. Elitetheorien und Ideologien, die das „Recht des Stärkeren" betonen, werden sich daher ausbreiten, und als Feindbilder für die zu erwartende Jagd auf Sündenböcke bieten sich einmal mehr bestimmte Minderheiten und Ausländer an.

Die Ausgaben für Infrastrukturmaßnahmen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR werden die öffentlichen Haushalte erheblich belasten und den Handlungsspielraum für innere Reformen bzw. Fortschritte auf sozialpolitischem Gebiet (z.B. die allgemeine Grundsicherung) verengen. Zudem kann man die Rücknahme bzw. Senkung einzelner Sozialleistungen mit dem Sanierungsbedarf der fünf neuen Bundesländer rechtfertigen. Die Reprivatisierung der Produktionsmittel und sozialer Risiken wird vermutlich im Mittelpunkt einer breitangelegten Deregulierungs-, Rationalisierungs- und Flexibilisierungsoffensive stehen. Damit entfällt die Möglichkeit, materielle Barrieren gegen Rassismus und Neofaschismus zu errichten.

Der Rechtsradikalismus hat im vereinten Deutschland trotz möglicher Niederlagen und Durststrecken nach wie vor gute Chancen, sich zu entfalten, weil die gesellschaftlichen Ursachen weiterhin wirksam sind, denen er seinen Aufschwung verdankt, rechtsextreme Denkmuster in die politische Kultur Eingang gefunden haben und in absehbarer Zukunft ihn begünstigende Problemlagen (Rezessionstendenzen, verschärfte Arbeitsplatzkonkurrenz im Binnenmarkt) entstehen.[10]

Ein historischer Vergleich drängt sich auf: Im Gefolge der Reichsgründung 1871 ergoß sich über Deutschland eine nationalistische Welle. Mit der Zersplitterung Deutschlands verschwand eine Vielzahl von halbfeudalen Miniaturstaaten, und zugleich entstand ein großer Binnenmarkt, wie 1992/93 im Rahmen der EG. Der 1870/71 einsetzende, als „Gründerfieber" bezeichnete Aufschwung dauerte gar nicht lange, sondern war nur ein konjunkturelles Strohfeuer, das bald wieder erlosch. Dem „Gründerkrach" (1873) folgte die „Große Depression", eine bis 1896 dauernde Rezessionsperiode mit Massenarbeitslosigkeit, Not und Elend für Proletarier und ein Kleinbürgertum, das sich in die Großmachtphantasien des Kaiserreiches flüchtete. Hier hat der Erste Weltkrieg seine geistigen Wurzeln, und auch die Erfolge des Nationalsozialismus wären ohne diese Entwicklung nicht möglich gewesen.

Rechtsradikale Gruppierungen bekommen durch die „Wiedervereinigung" politischen Rückenwind. Ein „Viertes Reich" rückt für jene Kräfte, die DDR und BRD nicht für Gesamtdeutschland halten, sondern von der Rückgewinnung der Ostgebiete und einem Großdeutschland (mit den Grenzen von 1937/41) träumen, in greifbare Nähe. Die Tatsache, daß russische Soldaten bis 1994 auf dem früheren DDR-Gebiet und NATO-Verbände in den westlichen Bundesländern stationiert bleiben, wird Ressentiments gegenüber der Sowjetunion wachhalten,

„befreiungsnationalistischen" Parolen der sog. Neuen Rechten, die Deutschlands Souveränität beschränkt wähnt, Nahrung geben und neutralistisch-militaristische Tendenzen fördern. Natürlich stellt sich die Frage, auf welchen Feldern der Rechtsextremismus Themen besetzen, Begriffe umdeuten und den „Kampf um die Hirne und Herzen" der Menschen führen wird. Folgende Bereiche bieten sich unter Berücksichtigung seiner „Kernideologeme"[11], als da sind Sozialdarwinismus (Antiegalitarismus), Rassismus (Antisemitismus), Nationalismus (Antisowjetismus, Antiamerikanismus), Autoritarismus (Antiparlamentarismus), Militarismus (Antipazifismus) und Sexismus (Antifeminismus), gegenwärtig für eine Offensive an:

Renaissance des Nationalstaates und des Rassismus oder neuer Internationalismus (Multikulturalismus)?

Nach der Auflösung des Ost/West-Gegensatzes und Vereinigung beider deutscher Staaten kann ein Rückfall in den Vorkriegsnationalismus erfolgen, weil der „Irrweg des Nationalstaates", wie Peter Glotz sagt[12], trotz unübersehbarer Tendenzen einer Globalisierung bzw. Europäisierung des Kapitals (EG-Binnenmarkt) durchaus wieder attraktiv erscheint. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß die historischen Fundamente des Nationalismus zerfallen und daß dieser in einer Welt supranationaler Konzerne, Handelsbeziehungen und Institutionen zum Anachronismus wird. Typisch für die Umbruchsituation, in der wir uns befinden, ist die Ungleichzeitigkeit der naturwissenschaftlich-technischen, ökonomischen und politischen Entwicklung, auf die Eric Hobsbawm hinweist: „Gegenwärtig durchleben wir eine seltsame Kombination aus der Technologie des späten 20. Jahrhunderts, dem Freihandel des 19. und der Wiedergeburt einer Art zwischenstaatlicher Zentren, die für den Welthandel im Mittelalter charakteristisch waren." [13]

Im vereinten Deutschland prallen zwei Gesellschaften mit einem unterschiedlichen Lebensrhythmus aufeinander, die nur langsam synchronisiert werden dürften. Aus dieser „Ungleichzeitigkeit" (Ernst Bloch) der Entwicklung erwachsen soziale Widersprüche, regionale und Strukturbrüche, die den Rechtsextremismus tendenziell begünstigen.[14]

Das Erfolgsgeheimnis des Rechtsextremismus - wie des historischen Faschismus - liegt in dem Versprechen begründet, solche Ungleichzeitigkeiten dadurch zu beseitigen, daß die Zeit - wenn es sein muß, mit elementarer Gewalt - „stillgestellt" wird.[15] Die Bundesrepublik befindet sich gegenwärtig im Übergang von einer „klassischen" Industrie- zur „Risikogesellschaft"(Ulrich Beck), die weiterhin auf der Grundlage privatkapitalistischer Eigentums- und Konkurrenzverhältnisse funktioniert, aber durch einen umfassenden Modernisierungsprozeß, Individualisierungsschübe und Anonymisierungstendenzen charakterisiert wird. Wunschvorstellung vieler Menschen ist dagegen ein Kapitalismus ohne (die negativen Begleiterscheinungen der) Konkurrenz als Bewegungsform der Subjekte in einer bürgerlichen Leistungsgesellschaft, bei dem sie die Segnungen der im Vergleich zur bürokratischen Zwangswirtschaft besonders effizienten Marktwirtschaft genießen könnten, ohne die Auswirkungen und Folgen seiner Wolfsgesetze (Deregulierung, Reprivatisierung sozialer Risiken) ertragen zu müssen.

Im vereinten Deutschland prallen zwei Gesellschaften mit einem unterschiedlichen Lebensrhythmus aufeinander, die nur langsam synchronisiert werden dürften. Aus dieser Ungleichzeitigkeit der Entwicklung erwachsen soziale Widersprüche, die den Rechtsextremismus tendenziell begünstigen.

Die deutsche Einheit hat auf den Rechtsextremismus in der Bundesrepublik zunächst nicht befreiend und beflügelnd, sondern dämpfend gewirkt. Thomas Assheuer und Hans Sarkowicz sprechen im Zusammenhang mit diesem Rückschlag für den Rechtsextremismus von einer Art „Erfüllungs-Depression", die der äußersten Rechten aus folgendem Grund schwer zu schaffen mache: „Plötzlich und unerwartet ging verloren, woran sich das nationale Ressentiment jahrzehntelang wortreich entzünden konnte." [16] Franz Urban Pappis Prophezeiung, die deutsche Einheit werde dem ressentimentgeladenen Nationalismus in Deutschland den Boden entziehen[17], scheint sich jedoch - wenn überhaupt - nur hinsichtlich der alten Bundesländer zu bewahrheiten. In der früheren DDR grassiert hingegen ein besonders aggressiver, militanter Rechtsextremismus und Rassismus.[18]

Nach einer kurzen Karenzzeit dürfte sich der Revanchismus vom Schock der im Zeichen des Liberalkonservatismus herbeigeführten Vereinigung von West- und „Mitteldeutschland" erholen und, durch einen im Gefolge des Golfkrieges wiedererwachenden Großmachtchauvinismus mit deutschen Weltherrschaftsträumen unterstützt, vermehrt Pläne zur Kolonisation Osteuropas entwickeln. Die sog. Neue Rechte fordert die ehemaligen deutschen Ostgebiete im Rahmen einer „zweiten Etappe der Wiedervereinigung" zurück und möchte mittels einer „zweiten Revolution" auch im Westen Deutschlands das „Joch der Besatzer" abschütteln, weshalb sie - ergänzend zum verblassenden Antisowjetismus/-kommunismus - den Antiamerikanismus kultiviert.[19] Der Golfkrieg und die Protesthaltung der Jugend gegen den US-Kriegskurs bieten Anknüpfungspunkte dafür, zumal sich eine gewisse Rehabilitierung des Militärischen abzeichnet und, durch die Medien vermittelt, eine Martialisierung des Denkens beobachten läßt, nicht nur eine Sensibilisierung größerer Teile der Bevölkerung für die globalen Probleme und das Thema „Rüstungsexporte in die sog. Dritte Welt".

Auch der Rassismus/Ethnozentrismus greift immer weiter um sich, zumal die

wirtschaftliche und Systemkrise in Osteuropa und der Sowjetunion erwarten läßt, daß sich Millionen Menschen auf den Weg nach Deutschland machen, und Farbige aus Überseebesitzungen der ehemaligen Kolonialmächte Westeuropas ab 1.1.1993 im Rahmen des EG-Binnenmarktes als gleichberechtigte Konkurrenten auftreten werden. Schon jetzt bilden Ressentiments gegenüber Türken und Polen eine zusätzliche Spaltungslinie quer durch die Bevölkerung.

„Ausländerfeindlichkeit" im eigentlichen Wortsinn gibt es gar nicht: Was - übrigens nur in Deutschland - so bezeichnet wird, zerfällt bei genauerem Hinsehen in eine weitverbreitete Angst vor Fremden, die als Mitbewerber auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt in Erscheinung treten, zwischen denen aber nicht nach ethnischen Kriterien differenziert wird (betroffen sind auch Aus- und Übersiedler), und eine spezifische Abneigung gegenüber Dunkelhäutigen bzw. „Andersartigen" (nicht betroffen sind indogermanische Ausländer, wie etwa Engländer, Skandinavier, weiße Nordamerikaner usw.). „Der Begriff Ausländerfeindlichkeit verschleiert und bagatellisiert ethnozentrische und rassistische Verhaltensweisen." [20]

Um den Rassismus erfolgreich bekämpfen zu können, mußman wissen, worauf er beruht. „Der erste Schritt zum Sieg über diese Geißel der Menschheit ist der, zu verstehen, welche Ursachen ihr zugrunde lagen, welche Sehnsüchte und Hoffnungen sie in der Vergangenheit erweckte."[21] Mir scheint, daß Rassismus sich hauptsächlich aus zwei Quellen speist und nach zwei Seiten wirkt: Der euramerikanische Rassismus entsteht im Gefolge eines Großmachtstrebens „von oben", das nach außen gerichtet ist und sich die Welt untertan macht, wobei meist gewaltsam oktroyierte Herrschafts- und Produktionsverhältnisse durch die ethnische Abwertung (eines Teils) der Beherrschten zementiert werden.

Rassismus bildete die ideologische Leitlinie und, vermittelt durch den Nationalismus und Sozialdarwinismus[22], die wichtigste Legitimationsgrundlage des modernen Imperialismus/Kolonialismus. „Denn nur als 'Rassismus' konnte sich der Imperialismus aus einem einfachen Eroberungsunternehmen in ein System universeller Herrschaft verwandeln, zur Grundlage einer 'Zivilisation' werden: d.h. in dem Maße, wie die imperialistische Nation als das besondere Instrument einer höheren Mission oder eines höheren Schicksals gedacht und dargestellt wurde, dem die anderen Völker die Anerkennung gar nicht verweigern können."[23]

Rassismus dient als Expansionsideologie, aber auch als Konzept der Integration durch Ausgrenzung anderer. Man benötigt die Abwertung bestimmter Mitmenschen aufgrund ihrer Abstammung zur Abwehr möglicher Rivalen innerhalb einer ausgebeuteten, unterdrückten Population. Die Real- und Sozialgeschichte des Rassismus zeigt, daßdieser Hochkonjunktur hat, wenn sich Krisensymptome häufen, militärische Niederlagen und/oder Systemkrisen drohen und benachteiligte Schichten existentiell gefährdet sind und durch Herabsetzung fremder Menschengruppen den auf ihnen lastenden Druck „nach unten" weitergeben.

Fremdenhaß resultiert aus konkreten Problemen, legitimiert sich über abstrakte Ideale, artikuliert sich in symbolischer Gewalt und kollidiert mit zivilem Verhalten.[24] Die Rassenschranken überlagern Klassenschranken, verschleiern und reproduzieren sie gleichzeitig. Zwar lassen sich Rassendiskriminierung und -haß in aller Regel auf soziale bzw. wirtschaftliche Ursachen, Krisen und Konkurrenzverhältnisse zurückführen, aber nicht darauf reduzieren. Wenn Rassismus hauptsächlich das Ergebnis sozioökonomischer Konflikte in und zwischen Gesellschaften ist[25], kann er bloß durch Überwindung der ihnen zugrunde liegenden Interessengegensätze und Aufklärung über diese Zusammenhänge zurückgedrängt werden.

Mit Argumenten ist rassistischen Einstellungen schwer beizukommen: „Es reicht nicht aus, die formale Argumentation des Rassismus zu entkräften, sondern man muß die Gesamtheit der Gefühle und Überzeugungen freilegen, von der seine Argumente und seine Verhaltensweisen diktiert werden." Statt der vorherrschenden Ignoranz diesem Problem gegenüber bedarf es einer größeren Akzeptanz gegenüber Unterschieden zwischen „Rassen", Völkern und Kulturen.

Ausländer/innen müssen mehr Rechte bekommen, „eingebürgert" werden und mitbestimmen können. Maßnahmen der rechtlichen Absicherung, sozialen Gleichstellung und politischen Partizipation würden eine wirkliche Integration, die nicht mit Assimilation verwechselt werden darf, ermöglichen.[26] Integrationsangebote, wie etwa Beiräte oder das Kommunalwahlrecht für Ausländer[27], sind notwendig, aber nur Zwischenschritte und kaum hinreichend, um rassistischen Ideologien den Nährboden zu entziehen.

„Selbst wo das Denken bis hin zu einem Wahlrecht in den Kommunen und zu einem Niederlassungsrecht vorgedrungen ist, handelt es sich immer nur um graduelle Reparaturen am Ausländer-Sein, ohne daß dieses jemals überschritten würde." [28]

Um die Eckpfeiler einer Gegenstrategie: Zivilgesellschaft, gesamtdeutscher Sozialstaat und moderne Vielvölkerrepublik, zu verankern, gilt es, die soziale mit der nationalen, die demokratische mit der sozialen und die nationale mit der demokratischen Frage zu verknüpfen.

Auf dem Weg zu einem gesamtdeutschen Sozialstaat: Wiedervereinigung und Wohlstand schließen sich nicht aus

Nach Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik wird sich deren soziale und regionale Ausdifferenzierung, bedingt durch das zusätzliche Ost/West-Gefälle, verstärken. Ein Grundwiderspruch der kapitalistischen, sozialstaatlich verfaßten Industriegesellschaft besteht darin, „Armut im Wohlstand", d.h. eine extrem ungleiche Verteilung ökonomischer Ressourcen, gesellschaftlicher Lebenslagen und kultureller Entfaltungsmöglichkeiten, zu produzieren.[29] Nur wenn die nationale mit der sozialen Frage in Verbindung gebracht wird, kann sich die Kluft zwischen „Ossis" und „Wessis" schließen, ohne daß neue Bruchstellen entstehen. Statt einer „Nationalisierung der sozialen Frage", die bis heute nachwirkt[30], bedarf es einer Sozialisierung der nationalen Frage, um das Problemfeld „Wiedervereinigung" von links her zu besetzen. Dabei stellt sich auch die Frage, warum die Bundes-

regierung sofort Steuererhöhungen für den Golfkrieg, aber nicht zur Beseitigung der sozialen Misere in den neuen Bundesländern für sinnvoll erklärte.

Dreh- und Angelpunkt einer Strategie zur Eindämmung rechtsextremer Positionsgewinne ist die Beseitigung/Vermeidung von Massenelend im Zuge des Vereinigungsprozesses, wenngleich der Neofaschismus nicht schon dadurch wieder aus der Welt verschwindet, daß man Arbeitsplätze schafft und Wohnungen baut. Eine soziale Grundsicherung ist jedoch nicht nur aufgrund materieller Verelendung vor allem in den neuen Bundesländern, sondern auch wegen ihrer Schlüsselbedeutung für die Freiheit, Selbstbestimmung und Entscheidungsfähigkeit der Bürger/innen nötiger denn je. Keine/r darf unter die Räder kommen, wenn das vereinte Deutschland ein Vorbild für seine europäischen Nachbarn sein will.[31] Die demokratische mit der sozialen Frage zu verknüpfen heißt, die Erkenntnis zu fördern, daß soziale Sicherheit die Grundbedingung für demokratische Mitwirkung ist, daß man elementare Bürgerrechte (Wahlrecht, Meinungs- und Versammlungsfreiheit) nur wahrnehmen und von Demokratie nur dann die Rede sein kann, wenn eine materielle Mindestausstattung aller Staatsbürger deren politische Handlungsfähigkeit sicherstellt. „Öffentliche Fürsorge oder Sozialhilfe ist demnach keine Frage der Nächsten- oder Menschenliebe, auch keine Frage der Bestandssicherung für die kapitalistische oder eine bestimmte politische Ordnung, sondern Ausdruck ziviler Solidarität, die darauf abzielt, alle Bürger zu ermächtigen, ihre Meinungen und Interessen selbsttätig zu artikulieren und für diese tatkräftig in der Öffentlichkeit einzutreten." [32]

Anders ausgedrückt und politisch zugespitzt: Ein Gemeinwesen wie die Bundesrepublik Deutschland, das zwar gigantische Leistungsbilanzüberschüsse, aber keine bedarfsorientierte Grundsicherung seiner Bewohner hat, ist weder ein Sozialstaat noch eine Demokratie im eigentlichen Wortsinn. Wer demokratische Partizipation nicht künstlich begrenzen, auf eine wohlhabende Majorität beschränken will, muß sich für ein Bürgergehalt, ein garantiertes Mindesteinkommen bzw. eine allgemeine Grundsicherung einsetzen, wodurch sich gleichzeitig die Risiken der materiellen Konkurrenz und die politischen Erfolgschancen des Rechtsextremismus verringern würden.[33]

Es gibt keinen Widerspruch zwischen den Grundwerten Freiheit und Gleichheit (soziale Sicherheit)[34], nur durch gesellschaftliche Interessengegensätze bedingte Konfliktsituationen. (Staatsbürgerliche) Freiheit und Sozialstaatlichkeit sind keine Gegensätze, sondern bilden eine dialektische Einheit. Da eine fortschrittliche Sozialpolitik gleichzeitig „Staatsbürgerqualifikation" beinhaltet[35], trägt sie durch Stärkung der Demokratie zur Schwächung des Rechtsextremismus bei.

Statt einer „Nationalisierung der sozialen Frage" bedarf es einer Sozialisierung der nationalen Frage, um das Problemfeld „Wiedervereinigung" von links her zu besetzen. Dreh- und Angelpunkt einer Strategie zur Eindämmung rechtsextremer Positionsgewinne ist die Beseitigung/Vermeidung von Massenelend.

Mehr direkte Demokratie wagen? – Zum Verhältnis von Repräsentation und Partizipation in den 90er Jahren

Das Problem der Demokratie: also wie sie in Zukunft aussehen soll, ist eine Kardinalfrage der Gegenwart. Die Krise des politischen Systems beschränkt sich nicht auf Osteuropa, wo seit geraumer Zeit grundlegende Umwälzungen erfolgen, sondern betrifft auch Westeuropa, wo eine Diskussion über das Verhältnis zwischen plebiszitärer und repräsentativer Demokratie, über die Zukunft des Parlamentarismus und Möglichkeiten seiner Erneuerung stattfindet.[36] Klassische Staatsphilosophien feiern fröhliche Urständ - Montesquieus Gewaltenteilungslehre im Osten, Rousseaus Demokratietheorie im Westen.

Das wirksamste Mittel, um dem Rechtsextremismus zu begegnen, ist die Demokratie, begriffen nicht als formales Regelwerk für staatliche Institutionen und Verteidigung des Bestehenden, des politischen und gesellschaftlichen Status quo, sondern als Einlösung des Versprochenen (Grundgesetzauftrag) und Verwirklichung des im Wortsinn seit langem Notwendigen (Volksherrschaft). Basisdemokratie fängt im Betrieb an und hört im Wahlakt nicht auf. Daher muß erneut über Mitbestimmung und Möglichkeiten der Selbstverwaltung nachgedacht werden, nicht nur hinsichtlich einer Wiederbelebung der Genossenschaftsbewegung.[37]

Das Staatsbewußtsein der Bürger/innen hat sich seit Gründung der Bundesrepublik erheblich gewandelt (Stichworte: „Krise der Volksparteien", „Parteienverdrossenheit"). Einer Periode der unkritischen Identifikation (1949 bis 1966/67) folgten Phasen der bloßen Akzeptanz (1968 bis 1974/75) und zunehmender Distanz.[38] Im Übergang zum dritten Jahrtausend wird sich das Verhältnis von parlamentarischer Repräsentation und Bürgerpartizipation ändern. Elemente und Mechanismen direkter Demokratie haben heute eine größere Bedeutung als früher, weil der ökonomische Reproduktionsprozeß Bedürfnisse nach Mitentscheidung erzeugt, die im Überbau befriedigt werden müssen.[39] Einem neuen, durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien gekennzeichneten Akkumulationstyp entspricht ein neuer Partizipationstyp: Wer aufgrund seiner qualifizierten Ausbildung Computer bedient und Roboter steuert, will auch darüber mitbestimmen, was produziert und wie regiert wird. Die Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution erfordert tiefgreifende Veränderungen im Bereich der politisch-parlamentarischen Repräsentation.

Das Plebiszit kann ein Instrument zur weiteren Emanzipation der Staatsbürger/innen und zur Bekämpfung ihrer

Wahlmüdigkeit, die rechtsradikalen Parteien zugute kommt, sein. Deshalb sollte man (trotz der damit verbundenen Risiken) mehr direkte Demokratie wagen, um zu verhindern, daß es in Zukunft weniger Demokratie als bisher gibt.

Die Kritik vor allem vieler junger Menschen an der repräsentativen Demokratie richtet sich weder gegen Demokratie schlechthin noch gegen Parlamentarismus und Pluralismus, wie konservative Staatstheoretiker argwöhnen.[40] Hierbei handelt es sich wohl um ein „interessiertes Mißverständnis", welches ganz bewußt ignoriert, daß der parlamentarisch-demokratische Parteienstaat nicht zerstört und durch Basisdemokratie bzw. Anarchie ersetzt, vielmehr sinnvoll ergänzt, funktionsfähiger und krisensicherer gemacht werden soll. Kein ernstzunehmender Kritiker versteigt sich zu der Losung, die Bewegung sei alles, das Parlament nichts.

Das Gebot der Stunde lautet: Mehr direkte und Wirtschaftsdemokraie wagen! Die Demokratisierung aller Lebensbereiche - das ist für Siegfried Jäger die beste Antwort auf Positionsgewinne des Rechtsextremismus.[41] Bei der deutschen Vereinigung wurde das Volk nicht gefragt - typisch für die politische (Un-)Kultur des Landes. Um so wesentlicher ist es, die Handlungs- und Entscheidungsautonomie der Subjekte (wieder)herzustellen. Das fängt im betrieblichen und Unternehmensbereich an und geht über die Gesamtwirtschaft, wo strenge Hierarchien und starre „Kommandostrukturen", aber nur minimale Freiräume zur Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen durch die Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften existieren (immer noch unerfüllt: die Forderung nach Wirtschafts- und Sozialräten aus der Weimarer Reichsverfassung), sowie den Wohnbereich, kommunale und regionale Entscheidungsträger bis zur zentralstaatlichen und supranationalen Ebene, der immer mehr Kompetenzen übertragen werden.

Partizipation und Mitbestimmung müssen auf allen Ebenen ausgebaut, plebiszitäre Elemente: Volksinitiative, -begehren und -entscheid eingeführt werden, denn diese bieten - ebenso wie Runde Tische - Möglichkeiten, mehr Bürger/innen für Politik zu interessieren, so daß sie auch eine Waffe im Kampf gegen den Rechtsradikalismus/Neofaschismus sein können.[42] Eine „Zuschauerdemokratie", wie Rudolf Wassermann die Bundesrepublik Deutschland nennt[43], darf sich nicht wundern, wenn das Publikum rechtsradikalen Demagogen nachläuft.

Die demokratische mit der nationalen Frage zu verknüpfen heißt, im Sinne der Väter (und wenigen Mütter) des Grundgesetzes darauf hinzuwirken, daß das vereinte Deutschland eine - nicht mehr nur provisorische - Verfassung bekommt, die per Volksabstimmung in Kraft gesetzt wird. Das Grundgesetz könnte die Basis abgeben, müßte aber insoweit fortgeschrieben werden, als - im Zuge des Kalten Krieges eingeführte - restriktive Passagen, wie etwa die allgemeine Wehrpflicht oder die Notstandsparagraphen, mit dem Ende des Kalten Krieges obsolet geworden sind. Die Verfassung sollte mehr plebiszitäre Elemente enthalten, durch die das Mitbestimmungs- bzw. Entscheidungsrecht der Staatsbürger/innen gestärkt würde, und sich am Verfassungsentwurf des Runden Tisches orientieren, dem ein ganz neues Verfassungsverständnis zugrunde liegt, das Ulrich K. Preuß als „moralisch reflexiven Konstitutionalismus" bezeichnet.[44]

Die Verfassungsdebatte ist ein Prüfstein, ob das deutsche Volk außer im Wahlritual überhaupt noch als Souverän akzeptiert wird. Von der revolutionären Parole „Wir sind das Volk!" über die populäre Losung „Wir sind ein Volk!"bis zu der reaktionären Überzeugung „Wir sind ein besonders tüchtiges, begnadetes und den anderen überlegenes Volk" war es nur ein Schritt. Im vereinten Deutschland geht es auch darum, ob sich die demokratische oder eine chauvinistische Lesart des Begriffs „Volk" im Massenbewußtsein durchsetzt.

Was tun gegen den Rechtsextremismus im vereinten Deutschland?

Der gesamtdeutsche Rechtsextremismus ist mehr als die Summe seiner Teile, die ideologische Breiten- und Tiefenwirkung, mit der er die in zwei ungleiche Hälften zerfallende Nation (gespaltene Konjunktur, Ungleichzeitigkeit der ökonomischen und soziokulturellen Entwicklung) durchdringt, nicht zu unterschätzen. Gegenstrategien sind - wenn überhaupt - nur embryonal entwickelt. Der traditionelle Antifaschismus greift nicht mehr, und noch ist kein Ersatz an seine Stelle getreten, was um so dringlicher wäre, als die Weichen im vereinten Deutschland für Jahrzehnte gestellt werden.

Je präsizer das Wesen des Rechtsextremismus analysiert und je differenzierter seine Wirkung beurteilt wird, um so komplizierter erscheint die Strategie, mit der ihm Einhalt geboten werden kann. Da der Rechtsextremismus einen „harten Kern", aber auch weiche Stellen und fließende Übergänge zum Nationalkonservatismus hat, bedarf es einer „schiefen Schlachtordnung", für die vor allem zwei Unterscheidungen wichtig sind: zwischen Parteien/Organisationen/Gruppen und Gesinnungen einerseits sowie zwischen dem modernen, „intellektualisierten" Rechtsextremismus und dem Neofaschismus/-nazismus andererseits.[45] Die Hauptaufgabe besteht darin, den (noch) kleinen Kreis der Fanatiker zu isolieren, ohne ihm neue Sympathisanten in die Arme zu treiben.

Parteien wie die REPUBLIKANER kommen und gehen, rechtsradikale Orientierungsmuster und -milieus[46], als deren Organisations- und Werbeagenturen sie fungieren, bleiben jedoch bestehen. Deshalb kann man sich im Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht auf solche Gruppierungen konzentrieren, darf ihre Bedeutung für die Verstärkung rechtsextremer Einstellungen aber auch nicht ignorieren.

Was ich vorschlage, kann man als mehrdimensionale Doppelstrategie bezeichnen. Der Rechtsextremismus sollte administrativ und argumentativ, auf der Verstandes- und Gefühlsebene (rational und emotional), politisch und ideologisch, mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln, zentral und lokal, im Subjekt- und im Objektbereich bekämpft werden.

Rechtsextremistische Strömungen innerhalb der Gesellschaft kann man nicht gewaltsam unterdrücken, fundamentale Gegensätze nicht überbrücken. Die Auflösung neofaschistischer Organisationen ist kein Patentrezept, sondern nur in Einzel- und Ausnahmefällen (FAP, NF) richtig, zumal sie die Gefahr eines Mär-

tyrerbonus beinhaltet. Statt auf den Staat zu hoffen und von ihm zu erwarten, daß die Parteien der äußersten Rechten verboten werden, muß man selbst etwas tun und denen mehr bieten, die sich von solchen Organisationen angesprochen fühlen. Möglichkeiten gibt es genug: Die Palette reicht von Informations- und Diskussionsveranstaltungen über erprobte Integrationsprogramme bis zu experimentellen Formen der Jugend- und Sozialarbeit.[47] Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus hat vorrangig durch Einzelpersonen und Organisationen der „zivilen Gesellschaft" (Gramsci), nicht durch staatliche Institutionen, und sie hat möglichst diskursiv zu erfolgen.

Aufklärung der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, über Völkermorde, Massaker und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die im deutschen Namen begangen wurden, ist weder überflüssig noch ausreichend. Für junge Menschen stellt der Holocaust keine historische Zäsur mehr dar - wie für die Zeitgenossen.[48] Sie identifizieren die sog. Neue Rechte aus verständlichen Gründen nicht mit dem NS-Regime. Nie war es so notwendig, sich (erneut) mit dem Nationalsozialismus und dem sog. Dritten Reich zu beschäftigen, wie zu einer Zeit, wo Erich Honecker und Saddam Hussein leichtfertig mit Adolf Hitler gleichgesetzt werden und die Totalitarismustheorie durch das Fiasko des autoritär-bürokratischen Realsozialismus neue Nahrung erhält. Klar sollte sein: Weder ist Wandlitz mit Auschwitz vergleichbar, noch muß, wer *Auschwitz* sagt, auch *Bagdad* sagen.

Die Aktionsformen sollten sich deutlich von jenen der Neonazis unterscheiden und gewaltfrei sein, denn Gewaltanwendung erzeugt Angst und diese wiederum ein politisches Klima, das (neben Arbeitslosigkeit und Armut) den Rechtsradikalismus fördert. Desintegration („Nazis raus!"), Repression („Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!") und die Projektion der Vergangenheit in die Zukunft („Lieber raus auf die Straße als heim ins Reich") sind ungeeignet, die positive Vision einer Welt ohne Waffen und Naturzerstörung, der Völkerverständigung und internationalen Solidarität, der Meinungspluralität und ethnischen Heterogenität einer „modernen Vielvölkerrepublik" (Claus Leggewie) zu verbreiten.

Mehr Zivilcourage ist eine Grundvoraussetzung für die „Zivilgesellschaft"der Zukunft. Die Zurückdrängung des Rechtsextremismus verlangt keine Helden, die sich seinen bewaffneten Banden entgegenwerfen, aber selbstbewußte Bürger/innen, die praktische Solidarität üben, wo Gewalt, Unrecht und Ausbeutung andere Menschen erniedrigt. Es muß ein Meinungsklima entstehen, in dem nicht Stammtischbrüder den Ton angeben, sondern rassistische und sexistische Übergriffe sofort Gegenkräfte auf den Plan rufen.[49]

Einerseits müssen Sympathiebekundungen und Solidaritätsaktionen (wie etwa S.O.S. Rassismus: „Mach meinen Kumpel nicht an!") zugunsten diskriminierter Ausländer/innen erfolgen[50], andererseits ihre deutschen Mitbürger/innen von Konkurrenzängsten befreit und befähigt werden, sich selbst zu verwirklichen, ohne Immigranten bzw. ihre Nachkommen auszugrenzen. „Eine Überwindung der jetzigen Situation ist nur möglich, wenn ein Wandel im Wir-Bewußtsein der BRD eintritt. Dieser wird nicht durch Veränderungen bei den Eingewanderten, sondern bei den Deutschen erreicht." [51] Zielgruppen sind sowohl die Opfer des Rassismus/Ethnozentrismus als auch die potentiellen Täter erfassen: Der Weg in eine „multi-" bzw. „interkulturelle", d.h. nichtrassistische Gesellschaft ist nur gemeinsam zu beschreiten.[52]

1) Vgl. hierzu und zum folgenden: Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Bd. 1, Opladen 1984, S. 34 ff.; Reinhard Kühnl, Gefahr von rechts?, Vergangenheit und Gegenwart der extremen Rechten, Heilbronn 1990, S. 47 ff.; Richard Stöss, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung - Ursachen - Gegenmaßnahmen, Opladen 1989, S. 52 ff.

2) Vgl. Franz Greß u.a., Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Opladen 1990

3) Vgl. z.B. Siegfried Jäger (Hrsg.),►

Rechtsdruck. Die Presse der Neuen Rechten, Berlin (West)/Bonn 1988
4) Vgl. Margret Feit, Die "Neue Rechte" in der Bundesrepublik. Organisation - Ideologie - Strategie, Frankfurt am Main/New York 1987, S. 83
5) Vgl. dazu z.B. Claus Leggewie, Die Republikaner. Ein Phantom nimmt Gestalt an, Berlin (West) 1990; Hajo Funke, "Republikaner". Rassismus, Judenfeindschaft, nationaler Größenwahn. zu den Potentialen der Rechtsextremen am Beispiel der "Republikaner", Berlin (West) 1989; Hans-Gerd Jaschke, Die "Republikaner". Profile einer Rechtsaußen-Partei, Bonn 1990
6) Siehe Axel Vitzthum, Rechtsextremistische Tendenzen in der DDR - Versuch einer Ursachenbeschreibung, in: Ideen für antirassistische und antifaschistische Arbeit 1/1990, S. 18
7) Vgl. Ralph Giordano, Die zweite Schuld oder Von der Last, Deutscher zu sein, Hamburg 1987, S. 219
8) Vgl. hierzu: Peter Ködderitzsch/Leo A. Müller, Rechtsextremismus in der DDR, Göttingen 1990, S. 11 ff.
9) Siehe Eike Hennig, Die Republikaner im Schatten Deutschlands. Zur Organisation der mentalen Provinz, Frankfurt am Main 1991, S. 223
10) Vgl. Hans-Joachim Maaz, Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR, Berlin 1990, S. 96 ff.
11) Vgl. Konrad Schacht, Der Rechtsextremismus hat eine Zukunft, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 2/1991, S. 152
12) Zu diesem Konzept vgl. auch Siegfried und Margret Jäger, Entstehungsbedingungen und Kernideologeme rechtsextremer Bewegungen heute, in: Doris Kollmann u.a. (Hrsg.), Neofaschismus - (k)ein langfristiges Problem?, Theoretische Grundlagen und Anregungen für die pädagogische Praxis, Bielefeld 1990, S. 42 ff., wo allerdings nur Rassismus und Sexismus behandelt werden. Reinhard Kühnl, Der (Wieder)Aufstieg neofaschistischer Parteien; ebd., S. 60, bezeichnet den Sozialdarwinismus als "Schlüsselideologem jeder rechtsgerichteten Ideologie".
13) Siehe Peter Glotz, Der Irrweg des Nationalstaats. Europäische Reden an ein deutsches Publikum, Stuttgart 1990
14) Eric Hobsbawm, Der neue Nationalismus, in: Sozialismus 11/1990, S. 61
15) Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Gesellschaftliche Ursachen, Erscheinungsformen und Entwicklungstendenzen des Rechtsradikalismus, in: ders./ Horst Isola (Hrsg.), Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Randerscheinung oder Gefahr für die Demokratie?, Mit einem Vorwort von Eckart Spoo, Bremen/Berlin 1990/91, S. 14 ff.
16) Vgl. auch zum folgenden: Astrid Grenkowitz u.a., Die Zwanghaftigkeit ►

von Zeitstrukturen im Alltag, in der Zwangsneurose und im Faschismus, in: Rainer Zoll (Hrsg.), Zerstörung und Wiederaneignung von Zeit, Frankfurt am Main 1988, S. 446 f.

17) Thomas Assheuer/Hans Sarkowicz, Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte, München 1990, S. 182

18) Vgl. Franz Urban Pappi, Die Republikaner im Parteiensystem der Bundesrepublik. Protesterscheinung oder politische Alternative?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 21/1990, S. 44

19) Vgl. hierzu: Irene Runge, Ausland DDR - Fremdenhaß, Berlin 1990; Peter Ködderitzsch/Leo A. Müller, Rechtsextremismus in der DDR, a.a.O., S. 29 ff.

20) Vgl. Arno Klönne, Die Neue Rechte angesichts der deutschen Einheit, in: Christoph Butterwegge/Horst Isola (Hrsg.), Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, a.a.O., S. 70 f.

21) Annita Kalpaka/Nora Räthzel, Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, in: Otger Autrata u.a. (Hrsg.), Theorien über Rassismus. Eine Tübinger Veranstaltungsreihe, Hamburg 1989, S. 86

22) George L. Mosse, Die Geschichte des Rassismus in Europa, Frankfurt am Main 1990, S. 271

23) Vgl. Hannsjoachim W. Koch, Der Sozialdarwinismus. Seine Genese und sein Einfluß auf das imperialistische Denken, München 1973, S. 91 und 113 ff.

24) Etienne Balibar, Rassismus und Nationalismus, in: ders./Immanuel Wallerstein, Rasse - Klasse - Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg/Berlin (West) 1990, S. 79

25) Vgl. Lutz Marz, Selbstaufgabe der Zivilgesellschaft. Linksintellektueller Fremdenhaß in der neuen Bundesrepublik?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1990, S. 1489 f.

26) Imanuel Geiss, Geschichte des Rassismus, Frankfurt am Main 1988, S. 323

27) Albert Memmi, Rassismus, Frankfurt am Main 1987, S. 30

28) vgl. Isabel Basterra, "Fremdenhaß" als Ursache von Gewalt?, Staatliche (Des-)Information nährt Feindbilder, in: Peter-Alexis Albrecht/Otto Backes (Hrsg.), Verdeckte Gewalt. Plädoyer für eine "Innere Abrüstung", Frankfurt am Main 1990, S. 107

29) Vgl. hierzu: Klaus Sieveking u.a. (Hrsg.), Das Kommunalwahlrecht für Ausländer, Baden-Baden 1989

30) Lutz Hoffmann, Die unvollendete Republik. Zwischen Einwanderungsland und deutschem Nationalstaat, Köln 1990, S. 35

31) Siehe hierzu: Diether Döring u.a. (Hrsg.), Armut im Wohlstand, Frankfurt am Main 1990

32) Siehe Eike Hennig, Die Republikaner im Schatten Deutschlands, a.a.O., S. 242

33) Vgl. Herbert Ehrenberg, Damit keiner unter die Räder kommt. Strategien für einen gesamtdeutschen Sozialstaat, Köln 1990

34) Ulrich Rödel u.a., Die demokratische Frage, Frankfurt am Main 1989, S. 188

35) Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und die Entpolitisierung von Gewalt, in: Peter-Alexis Albrecht/Otto Backes (Hrsg.), Verdeckte Gewalt, a.a.O., S. 166

36) Siehe Ulrich K. Preuß, Verfassungstheoretische Überlegungen zur normativen Begründung des Wohlfahrtsstaates, in: Christoph Sachße/H. Tristram Engelhardt (Hrsg.), Sicherheit und Freiheit. Zur Ethik des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt am Main 1990, S. 124 ff.

37) Vgl. z.B. Rudolf Bahro u.a., Die Zukunft der Demokratie. Entwicklungsperspektiven der Regierungssysteme in Ost und West, Wien 1988; Norberto Bobbio, Die Zukunft der Demokratie, Berlin (West) 1988

38) Vgl. Arne Heise (Hrsg.), Arbeiterselbstverwaltung, München 1989

39) Vgl. hierzu auch: Christoph Butterwegge, Sozialdemokratie und Staat. Zum Demokratieverständnis des Irseer Entwurfs, in: Die Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte 7/1988, S. 646 f.

40) Vgl. Horst Bethge, Die Herrschaft des Volkes: Plebiszit und gelebte Demokratie von unten, in: ders. u.a. (Hrsg.), Gutachten zur Lage der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland 1989. 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1989, S. 55 f.

41) Vgl. z.B. Heinrich Oberreuter, Stimmungsdemokratie. Strömungen im politischen Bewußtsein, Zürich/Osnabrück 1987, S. 59

42) Vgl. Siegfried Jäger, Rechtsextremismus und Sprache, in: Kurt Bodewig u.a. (Hrsg.), Die schleichende Gefahr. Rechtsextremismus heute, 2. Aufl. Essen 1990, S. 275

43) Vgl. Horst Isola, Die demokratische Linke und der Rechtsextremismus, in: Christoph Butterwegge/Horst Isola (Hrsg.), Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, a.a.O, S. 162

44) Siehe Rudolf Wassermann, Die Zuschauerdemokratie, Düsseldorf/Wien 1986

45) Vgl. hierzu: Ulrich K. Preuß, Revolution, Fortschritt und Verfassung. Zu einem neuen Verfassungsverständnis, Berlin 1990, S. 73 ff. (78)

46) Vgl. Manfred Linz, Was tun gegen den Rechtsextremismus?, Strategien und wen sie erreichen, in: Kurt Bodewig u.a. (Hrsg.), Die schleichende Gefahr, a.a.O., S. 204 f.

47) Vgl. hierzu: Wilhelm Heitmeyer, Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, 3. Aufl. Weinheim/München 1989

48) Vgl. etwa Jürgen Micksch, Kulturelle Vielfalt statt nationaler Einfalt. Eine Strategie gegen Nationalismus und Rassismus, Frankfurt am Main 1989, S. 36 ff.; Kurt Möller, Zwei Dutzend Gründe für die aktuelle Hilflosigkeit des politischen und pädagogischen Antifaschismus. Provokationen, Polemiken, Perspektiven, in: Neue Praxis 6/1989, S. 480 ff.; Benno Hafeneger/Walter Lochmann, Einen "politisch-pädagogischen Königsweg" gibt es nicht. Eine Bilanz der letzten Jahre, in: Widersprüche 35 (1990), S. 47 ff.

49) Vgl. Ganz einfache Sachen. Ein Gespräch mit Daniel Cohn-Bendit, in: Claus Leggewie, Multi Kulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik, Berlin 1990, S. 67 f.

50) Vgl. Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit - Regionalverband Nord (Hrsg.): S.O.S. Rassismus. Biographie einer Aktion, Berlin (West) 1985

51) Lutz Hoffmann, Die unvollendete Republik, a.a.O., S. 164

52) Vgl. Annita Kalpaka/Nora Räthzel, Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, a.a.O., S. 100. ◄

Dr. Christoph Butterwegge ist Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Bremen.

PDS – Chance für die Linke?

Von Jakob Moneta

Von ihren Gegnern wird die PDS mit dem schmückenden Beiwort „Nachfolgepartei der SED" versehen. Sie ist dies gewiß in dem Sinne, daß die von Karl Liebknecht gegründete Partei eine „Nachfolgepartei der SPD" gewesen ist. Ist die PDS aber – wie man uns weismachen will – nur die Tarnkappe, hinter der sich die stalinistische SED verbirgt?

Mehr als zwei Millionen Mitglieder sind aus der SED geflüchtet. Sie haben sich entweder von der Politik verabschiedet, oder sie sind in andere Parteien übergewechselt. So können sie sich – ohne schamrot zu werden – von ihrer Vergangenheit reinwaschen. Die PDS jedoch, die sich mit der eigenen Vergangenheit auseinandersetzt, die mit ihr abrechnet, wird als „stalinistisch" abqualifiziert. (...)

Wie aber sieht es mit einer Partei aus, deren Staat ihr abhanden gekommen ist, dessen Spitzel- und Machtapparate zerfallen, sich auflösen? Auch wenn es eine Zeitlang noch 'Seilschaften' geben mag, die allerdings in *alle* Parteien hineinwirken. Die Kombinatsdirektoren, die immer wieder als Beweis für die geheim noch existierende Macht der PDS angeführt wurden, waren doch gerde diejenigen, die ihre SED-Parteibücher gegen Aufsichtsratssitze in westdeutschen Konzernen einzutauschen versuchten und „volkseigene" Betriebe verschacherten! Wie sieht es mit einer Partei aus, deren Mitglieder zu denen gehören, die als *erste* gefeuert und als *letzte* geheuert werden, die ein gehöriges Maß von Standhaftigkeit zeigen müssen, um nicht unter die Räder eines Wirtschaftszuges zu geraten, der einem Abgrund entgegenrast?

Meinungsvielfalt erwünscht

Was hat man von einer PDS zu halten, die in ihrem mit 'Wessie-Linken' ausgiebig diskutierten Wahlprogramm Meinungsunterschiede innerhalb einer vielfarbigen Linken nicht verkleistert, sondern offenlegt? Eine Partei, die nicht nur „eine kritische Stimme in der Gesellschaft und in den Parlamenten" sein will, sondern auch „kritisch gegenüber sich selbst". Eine Partei, die erklärt, daß „Widerspruch und Zweifel zu unserem Selbstverständnis" gehören?

Tatsache ist, daß Linke unterschiedlicher Herkunft in der PDS wirken – einer Partei, die neue Wege sucht und unabhängige Linke aus der DDR zusammengebracht hat – und zwar auch solche, die „ihre linke Identität in der *Gegnerschaft* zum 'realen Sozialismus' erworben haben." Wann hat es eigentlich eine sozialistische Partei gegeben, die Vielfalt der Linken so ernst nahm, daß sie Gruppierungen und Strömungen, die nicht zur PDS-Mitgliedschaft gehörten, sichere Plätze auf Listen zur Landtags- und Bundestagswahl einräumte? Immerhin sind in den Bundestag fünf Frauen und Männer eingezogen, die zur unabhängigen Linken in West- und Ostdeutschland gehören.

Wie aber steht es mit den Inhalten, für die sich die PDS einsetzt? Wenn sie in der Präambel zu ihrem Wahlprgramm sagt, daß „eine linke Opposition den Mut zum unbequemen Nein haben muß, wo das bequeme JA zum Schaden wird", so hat sie mit ihrer konsequenten Haltung zum Golf-Krieg dies eindeutig bewiesen. Wenn sie sagt, daß sie „an den Bausteinen für eine Alternative zum bisher gekannten 'realen Sozialismus' im Osten und zu den kapitalistischen Gesellschaften im Westen arbeiten" will, weil sich „beide auf unterschiedliche Art als *unfähig* erwiesen, dem bedrohten Zustand der Welt zu begegnen und den Ansprüchen der Menschen auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung zu entsprechen" – dann setzt sie damit Maßstäbe, an denen wir sie messen können. Und zwar sowohl in ihrer oppositionellen Haltung im Parlament, die ihr wahrlich nicht leicht gemacht wird, als auch „außerhalb der Parlamente". (...)

Verwaiste und Heimatlose

Wie aber steht es um die Linke in der westlichen Bundesrepublik ? Ist sie überhaupt in der Lage, die ihr durch die PDS gebotene Chance zu nutzen ? Die Chance, zum ersten Mal seit dem Ausscheiden der KPD aus dem Bonner Parlament in den Wahlen 1953 – nach der Niederschlagung des Arbeiteraufstandes in Berlin und in der DDR – einen parlamentarischen *Arm* zu haben, der sich auf den Sozialismus beruft.

Wir haben einerseits eine „verwaiste Linke". Sie hat ihren elterlichen Bezugspunkt mit dem welthistorischen Untergang des Stalinismus verloren. Auch wenn sie ihm nicht nachtrauert, verrät sie eine Haltung des Selbstmitleids, schmollt sie, fühlt sich betrogen, genasführt, weil sie einem Monster aufgesessen ist, das sie für den 'real existierenden Sozialismus' gehalten hat. Diese Linken haben sich die Finger an diesem höllischen Feuer verbrannt und fürchten sich deshalb, ein neues Lichtlein der Hoffnung anzuzünden.

Es gibt auch eine „heimatlose" Linke, oder sagen wir lieber, eine Linke, die sich in den Notunterkünften von SPD, Grünen, verschiedenen radikalen Gruppierungen aufhält und darauf wartet, daß ihr eine wahre Heimat geboten wird. Nur hat sie nicht – oder *noch* nicht den Mut, sich mit denen zusammenzutun, die aus dem katastrophalen Untergang des Stalinismus ein kleines Stückchen Land gerettet haben, das sie durch mühevolle Arbeit fruchtbar machen wollen für eine sozialistische Alternative.

Nein, wir haben nicht die Illusion, daß sich Massen von Wessies in naher Zukunft um die PDS und ihre linken Verbündeten scharen werden. Nur wird uns hier nach vielen fruchtlosen Versuchen die Chance geboten, den *Grundstein* für eine demokratisch-sozialistische Partei legen zu helfen. Wir sollten diese Chance mit aller gebotenen Skepsis, mit kritischem Verstand und in dem Bewußtsein nutzen, daß wir nicht mehr vor der Alternative stehen: Sozialismus oder Barbarei. Heute lautet diese Alternative – sehr viel härter – weltweite sozialistische Demokratie oder Untergang der Menschheit!

Arabisches Versailles oder Stabilität?

Probleme auf dem Weg zu einer Friedensordnung nach dem Golfkrieg

Von Prof. Diethelm Weidemann

Der zweite Golfkrieg ist zu Ende und die bisher verdrängte Frage, wie es denn nun im Nahen und Mittleren Osten weitergehen soll, beschäftigt Politiker und Kommentatoren von Washington bis Tokio. Während schrittweise die Bilanz des Schreckens aufgemacht wird, spielen die eigentlichen Opfer des Krieges in der öffentlichen Meinung kaum noch eine Rolle.

In den hochgehenden Wogen der Spekulation sind „neue Weltordnung" und „regionale Friedensordnung" die häufigsten Schlagworte. Nun ist die „neue Weltordnung" ein Thema für sich – die Erwartungen liegen zwischen dem Reich des Rechts in Präsident Bushs Rede vom 16. 1. 1991 und dem in der Dritten Welt prognostizierten „single-power-dominated system" –, das einer eigenständigen Betrachtung bedarf und daher hier nicht weiter erörtert wird. Es soll nur warnend darauf verwiesen werden, daß alle nach dem November 1989 formulierten Euphorien über ein künftiges internationales System vom Winde verweht wurden und nur eine Tatsache unleugbar ist: daß die neue Welt nach dem kalten Krieg noch die alte ist.

Pyrrhussieg

Aber wie sieht es mit der Friedensordnung am Golf aus? Haben das gewaltigste Militäraufgebot seit dem zweiten Weltkrieg, eine in der Militärgeschichte beispiellose Feuerdichte und Technologie dieser von Krisen geschüttelten und von Kriegen zerrissenen Region Frieden und Stabilität gebracht?

Man darf zunächst feststellen, daß dieser Krieg von den USA militärisch eindeutig gewonnen wurde – woran auch niemand seit dem 16. Januar gezweifelt hat – und daß Saddam Hussein als Machtfaktor und elementare Bedrohung der Nachbarstaaten ausgeschaltet werden konnte. Die Aufzählung der militärischen Details kann anderen Betrachtungen vorbehalten bleiben, wenn die Zensur einmal die tatsächlichen Kosten, Verluste und Zerstörungen freigibt. Aber ebenso klar ist, daß der zweite Golfkrieg in keiner Weise auch bereits politisch gewonnen ist. Wenn er nicht energisch für konzertierte Schritte zur Befriedigung der Gesamtregion genutzt wird, kann er sogar politisch verloren werden.

Alle Beobachter, die einen gewissen Einblick in die reale Struktur der Region haben, sind übereinstimmend der Auffassung, daß z. B. eine echte Bewegung in der Palästinenserfrage eine der Grundbedingungen für Regelungschancen ist. Die Rede George Bushs vom 7. März scheint eine solche Erkenntnis anzudeuten, die Reaktion Israels darauf kann nur als sehr bedenklich bezeichnet werden. Shamir begreift offenbar nicht, daß eine Fortsetzung der bisherigen Politik sein Land zum späten politischen Verlierer des Golfkrieges machen kann.

Eckpunkte der Friedensordnung

Die Reflexionen der letzten Wochen in den Medien haben, wenn wir einmal Berufspolitiker, Militärs und eine von Sachkenntnis nicht getrübte Spezies von Moderatoren beiseite lassen, zu verhältnismäßig großer Übereinstimmung geführt, worin eigentlich die Eckpunkte einer Friedensordnung im Nahen und Mittleren Osten bestehen müßten:

- völkerrechtlich verbindliche und in der praktischen Politik vollzogene Anerkennung des Existenzrechts aller Staaten und Völker der Region,
- Beendigung der bewaffneten zwischenstaatlichen und innerstaatlichen Konflikte,
- Verständigung über einen Rüstungsstopp, über Rüstungskontrolle und notwendige Abrüstungsschritte in der Region,
- Konsens über ein Stufenprogramm für die allmähliche, aber entschlossene Beseitigung der Ursachen für das inzwischen nahezu unentwirrbare Knäuel unterschiedlichster Konfliktlagen in der Region vom Gazastreifen bis zum Hindukusch,
- Schaffung eines tragfähigen Interessenausgleichs zwischen den Staaten der Region bei Priorität für die Beseitigung der aktuellsten Differenzen,
- Abbau des elementaren, schon zum Bestandteil der nationalen Psyche gewordenen Mißtrauens in erster Linie gegenüber Israel, aber auch zwischen verschiedenen arabischen/islamischen Staaten, und konzertierte Anstrengungen in Richtung Vertrauensbildung in der Region,
- Kurs auf eine gerechtere Verteilung des Reichtums in der Region statt der maßlosen Anhäufung von Waffen und der parasitären Verschleuderung von Milliarden Petrodollars,
- reale Beteiligung der Bevölkerung am Prozeß der politischen Willensbildung – nicht nur in Irak, sondern in allen Staaten, auch in den derzeit noch als Alliierte gefeierten Despotien auf der arabischen Halbinsel,
- erstmalige ernsthafte Schritte zur Gewährleistung der Menschenrechte und des Schutzes der Minderheiten, Ende der Doppelmoral, nach der Zustände, die in einem Falle zum Krieg im Namen der Zivilisation führen, in anderen Fällen aus politischem Kalkül faktisch hingenommen werden,
- und schließlich – und das ist für sich genommen ein weites Feld – gehört zu einer solchen Friedensordnung ein entsprechendes internationales Umfeld, eine Weltordnung, die sich nicht in dieser oder jener „pax" erschöpft.

Da es an dieser Stelle nicht möglich ist, allen hier genannten notwendigen Elementen einer Friedensordnung im Nahen und Mittleren Osten die tatsächliche Lage gegenüberzustellen, soll dies wenigstens in einigen besonders wichti-

gen Punkten geschehen. Wie hat sich die Lage durch den Krieg verändert?

Vertiefte Gräben

Der Krieg hat die Perspektivlosigkeit von Aggression und Annexion in der Welt von heute gezeigt. Er hat auch deutlich gemacht, daß jeder Versuch, das Existenzrecht Israels in Frage zu stellen, nicht nur inhuman, sondern auch ahistorisch und zum Scheitern verurteilt ist. Israel ist ein Fakt der Geschichte. Der Krieg könnte diese notwendige Erkenntnis befördert haben und die lange ausstehende Normalisierung der israelisch-arabischen Beziehungen begünstigen.

Der Krieg hat aber auch die Probleme in der arabischen Welt eminent verschärft, bestehende Gräben zwischen verschiedenen Staaten vertieft und neue aufgerissen. Die Beteiligung arabischer Staaten an der Allianz hat alte Feindbilder abgeschwächt, aber scharf konturierte neue geschaffen. Schon immer schwierige Verhandlungslösungen scheinen derzeit kaum echte Aussichten zu haben.

Daran ändert auch die „Deklaration von Damaskus über Koordinierung und Zusammenarbeit" Ägyptens, Syriens und der sechs Staaten des Golfkooperativrates vom 6. März nichts. Sie ist erstens nur eine Vereinbarung der arabischen „Mitsieger", auf die Sicherung ihrer eigenen Interessen gerichtet. Zweitens muß auf das beklagenswerte Schicksal unzähliger ähnlicher Dokumente in der arabischen Welt verwiesen werden. Zu berücksichtigen ist ferner, daß es in der gesamten Region um 26 Staaten mit nicht nur sehr unterschiedlichen Regimen, sondern auch mit stark, z. T. grundsätzlich divergierenden machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen geht, von denen ohne den Irak mindestens sechs – nämlich Ägypten, Israel, Saudi-Arabien, Syrien, die Türkei und Iran – eindeutig eine regionale Vormachtstellung anstreben.

Wie können derart unterschiedliche, ja kontroverse Interessenlagen im Sinne einer Friedensordnung auf einen Nenner gebracht werden, z. B. in den Bereichen Sicherheitspolitik und Entwicklung? Prof. Büttner, Dekan des Otto-Suhr-Institutes der FU Berlin, spricht mit voller Berechtigung von einer Krise des arabischen Staatensystems.

Arabisches Versailles?

In diesen, nicht unbedingt zu friedenspolitischen Höhenflügen ermutigenden Zusammenhang gehört die Frage, was denn nach dem zweiten Golfkrieg von den unmittelbar Beteiligten als Sicherheit verstanden wird. Kenner der Region sind sich einig, daß der arabische Flügel der Allianz, um es ohne Beschönigung zu formulieren, für die Regelung der Irak-Frage eine Art Versailles-Konzept hat, also über die notwendige Begrenzung der Aggressionsfähigkeit Iraks und legitime Wiedergutmachung hinaus schlicht und einfach Beute machen, die jeweils eigene Position verbessern will. Das Beispiel Versailles sollte jedoch aufschrecken, denn die Jahreszahlen 1919 und 1939 stehen in einem bestimmten historischen Zusammenhang. Aber unabhängig davon wären eine Infragestellung der territorialen Integrität Iraks, Reparationen, die den wirtschaftlichen Kollaps auf viele Jahre vorprogrammieren würden sowie die militärische, politische und nationale Demütigung Iraks für den Frieden in der Region mit katastrophalen Konsequenzen verbunden. Das würde in der irakischen Bevölkerung eine revisionistische Grundstimmung schaffen und politischen Strömungen mit Führern vom Typ Saddam Husseins geradezu Vorschub leisten. Jede künftige irakische Regierung würde ungeachtet ihrer politischen Couleur die Revidierung der Ergebnisse des Krieges zur ultima ratio ihrer Politik machen.

Der Golfkrieg hat über die Befreiung Kuweits und die Beseitigung der unmittelbaren Bedrohung der Nachbarstaaten hinaus kein Problem in der Region gelöst. Der Dauerkonflikt im Nahen Osten ist nicht regulierbarer geworden, und künftige regionale Vormachtkämpfe, nötigenfalls mit Gewalt, sind nicht auszuschließen. Die gegenteilige Überzeugung Bushs, in seiner Rede vom 16. Januar formuliert, kann nur als Illusion angesehen werden. Man muß sich ja auch die Frage stellen, ob selbst eine Macht wie die USA auf Dauer in diesen Dimensionen Feuerwehr spielen kann. Solchen Aufwand können sie sich bei Gefahr des Staatsbankrotts nur im Ausnahmefall leisten, weil künftig die Kriegskassen nicht so freigiebig von außen gefüllt werden dürften und nach Kuweit – und das wird sich bald zeigen, wenn uns der weltwirtschaftliche und weltpolitische Alltag wieder hat – Alliierte nicht wieder spornstreichs an die Front eilen werden. Vielleicht mit Ausnahme derjenigen, denen ein solcher Krieg als Vehikel dient, ihre einsame Selbstperzeption, daß sie eine „Macht" sind, zu bestätigen. Und wenn die Deutschen heute im Westen kritisiert werden, weil sie „nicht da" waren, oder als „Drückeberger" beschimpft werden, so wird sich bald zeigen, wie gut das war.

Aussichten ungünstig

Man kann auch nicht über die Entwicklung nach dem Golfkrieg sprechen, ohne auf einige weiterreichende Konsequenzen zu verweisen, die auch über die Region Naher und Mittlerer Osten hinausgehen werden.

1. Der zweite Golfkreg hat gezeigt, daß die neue Waffenhochtechnologie funktioniert, daß man damit Krieg führen, bei verschwindend geringen eigenen Verlusten einen militärisch durchaus potenten Gegner ausschalten und den Krieg auch gewinnen kann.

2. Ob wir das akzeptieren wollen oder nicht, eine wesentliche Folge des Golfkrieges ist, daß sich jeder potentielle regionale Hegemon nun erst recht bis an die Zähne bewaffnen wird – der internationale Rüstungsmarkt wird ihn trotz aller Embargos reichlich ausstatten – und daß der Griff nach weitreichenden Raketen und Kernwaffen noch entschlossener wird. Denn wenn diese beiden Systeme tatsächlich vorhanden sind, ist das amerikanische Kuweit-Szenario nicht mehr durchzuspielen.

3. Der Golfkrieg hat stärker als alle anderen militärischen Auseinandersetzungen seit 50 Jahren den Krieg wieder zu einem Mittel der Politik gemacht. Und entgegen den Hoffnungen westlicher Staatsmänner wird man auch in der Dritten Welt wieder Krieg führen, wenn man glaubt, im Besitz der dafür notwendigen Mittel zu sein. Es kann für die weitere Entwicklung höchst fatal werden, wenn unter solchen Bedingungen die UNO ihre Möglichkeiten als Interes-

senvertretung der Weltgemeinschaft durch ihre Ermächtigungsresolutionen tatsächlich, wie viele glauben, auf lange Zeit verspielt hat.

4. Die europäische Öffentlichkeit hat noch nicht wahrgenommen, daß der Sieg der USA und seine äußeren Erscheinungsformen in gravierender Weise mit dem Selbstwertgefühl der Völker der Region und mit Grundwerten der asiatischen Nachbarregionen kollidieren. Darüber sollten auch verständliche Hochrufe auf die USA in Kuweit nicht hinwegtäuschen. Daraus kann sich ein enormes Konfliktpotential entwickeln, das den „Jahrtausendkonflikt" mit der Dritten Welt zum Verlassen der „Warteschleife" stimuliert.

Zusammengefaßt heißt das: Die Aussichten auf eine Friedensordnung zwischen Suez-Kanal und den Grenzen Pakistans sind nicht eben günstig. Man wird denen zustimmen müssen, die von einer auf längere Zeit offenen Nachkriegsordnung mit allen damit verbundenen Problemen sprechen.

(Der Autor ist Direktor des Instituts für Friedens- und Konfliktforschung der Humboldt-Universität Berlin.)

DOKUMENTATION AUS DIE ANDERE 12/91

DIE ANDERE, Zeitung
für basisdemokratische Initiativen,
herausgegeben von
Klaus Wolfram.
Redaktion: Hans Düwel, Jörg Göbeler, Peter Grimm, Martina Krone, Rupert Schröter, Stefan Schüler, Marion Seelig, Chris Weiland, Inga Wolfram.
Französische Str. 47,
O-1080 Berlin
Tel. (0037) 2 229 9367-69
Redaktionsbeirat: Bärbel Bohley, Jens Reich, Reinhard Schult, Ingrid Köppe, Ina Merkel, Tom Sello, Wolfgang Templin, Ulrike Poppe
Abo-Bezug West:
BasisDruck Verlagsgesellschaft mbH
c/o Abo-Service S+P GmbH
Oranienstr.25
W-1000 Berlin 36

Resolution 687

des UN-Sicherheitsrates zum Waffenstillstand wurde von Irak am 6. April angenommen. Wichtige Bestimmungen und Maßregeln daraus im Wortlaut:

„Der Sicherheitsrat...

2. Verlangt, daß der Irak und Kuweit die Unverletzlichkeit der internationalen Grenze und die Zuteilung von Inseln respektieren gemäß den 'Protokollen zwischen dem Staat Kuweit und der Republik Irak bezüglich der Wiederherstellung freundlicher Beziehungen, Anerkennung und verwandter Angelegenheiten', die am 4. Oktober 1963 von ihnen in Ausübung ihrer Souveränität in Bagdad unterzeichnet und von den Vereinten Nationen registriert und im Dokument 7063, UNO-Vertragsserie 1964, veröffentlicht wurden;

3. Fordert den Generalsekretär auf, dabei zu helfen, mit dem Irak und Kuweit Arrangements über die Demarkierung der Grenze zwischen dem Irak und Kuweit zu treffen und dabei diesbezügliche Materialien einschließlich der vom Sicherheitsratsdokument S/22412 verbreiteten Karte zu nutzen und dem Sicherheitsrat binnen eines Monats Bericht zu erstatten;

4. Entscheidet, die Unverletzlichkeit der oben erwähnten internationalen Grenze zu garantieren und aus diesem Anlaß alle notwendigen Maßnahmen in Übereinstimmung mit der Charta zu treffen;

5. Ersucht den Generalsekretär, nach Konsultationen mit dem Irak und Kuweit innerhalb von drei Tagen dem Sicherheitsrat einen Plan für die sofortige Entsendung einer UNO-Beobachtereinheit zur Billigung vorzulegen, deren Aufgabe es ist, den Khor Abdullah und eine hiermit eingerichtete entmilitarisierte Zone zu überwachen, die sich entsprechend den 'Protokollen zwischen dem Staat Kuweit und der Republik Irak bezüglich der Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen, Anerkennung und verwandter Angelegenheiten' vom 4. Oktober 1963 entlang der festgelegten Grenze zehn Kilometer in den Irak und fünf Kilometer nach Kuweit hinein erstreckt; ...

6. Stellt fest, daß, sobald der Generalsekretär den Rat über die Beendigung der Stationierung der Beobachtergruppe der Vereinten Nationen informiert, die Bedingungen dafür geschaffen werden, daß die Streitkräfte der Mitgliedsstaaten, die in Übereinstimmung mit Resolution 678 (1990) mit Kuweit zusammenarbeiten, ihre militärische Präsenz in Übereinstimmung mit Resolution 686 (1991) beenden;

7. Ersucht den Irak, bedingungslos seine Verpflichtungen nach den am 17. Juni 1925 in Genf unterzeichneten Genfer Protokollen über das Kriegseinsatzverbot von erstickenden, giftigen oder anderen Gasen und von biologischen Mitteln der Kriegführung zu bekräftigen und die Konvention über das Verbot zur Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) und toxischer Waffen und ihre Zerstörung vom 10. April 1972 zu ratifizieren;

8. Beschließt, daß der Irak bedingungslos die Zerstörung, Entfernung, oder die Unschädlichmachung unter internationaler Aufsicht akzeptiert von:
a) allen chemischen und biologischen Waffen und allen Lagern von Wirkstoffen und allen dazugehörenden Untersystemen und Teilen sowie allen Forschungs-, Entwicklungs-, Unterhalts- und Herstellungseinrichtungen;
b) allen ballistischen Raketen mit einer Reichweite von über 150 Kilometer und dazugehörenden größeren Teilen und Reparatur- und Produktionseinrichtungen;

9. Beschließt das Folgende mit dem Ziel, den obigen Paragraphen 8 zu erfüllen: ...
- die Bildung einer Sonderkommission, die sofortige Vor-Ort-Kontrollen der biologischen, chemischen und Raketenbestände des Irak vornehmen soll, gestützt auf irakische Erklärungen und die Benennung zusätzlicher Orte durch die Kommission selbst; ...

10. Beschließt, daß der Irak sich ohne Bedingungen verpflichten soll, keinen der unter Paragraph 8 und 9 oben aufgeführten Gegenstände zu nutzen, zu entwickeln, zu konstruieren oder anzuschaffen, und ersucht den Generalsekretär, in Konsultationen mit der Kommission einen Plan für die künftige laufende Beobachtung und Verifikation der Erfüllung dieses Paragraphen durch den Irak zu entwickeln, der dem Rat innerhalb von 120 Tagen nach der Verabschiedung dieser Resolution zur Zustimmung vorgelegt werden soll;

11. Bittet den Irak, ohne Bedingungen seine Verpflichtung nach dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen vom 1. Juli 1968 zu bekräftigen;

12. Beschließt, daß der Irak sich ohne Bedingungen einverstanden erklären soll, Atomwaffen oder atomwaffenfähiges Material oder andere Untersysteme oder Teile oder jede Forschungs-, Entwicklungs-, Versorgungs- oder Produktions-Einrichtung, die mit dem obigen in Verbindung stehen, nicht zu beschaffen oder zu entwickeln;

... innerhalb von 15 Tagen nach der Annahme dieser Resolution dem Generalsekretär und dem Generaldirektor der Internationalen Atomenergiekommission (IAEA) eine Erklärung über den Ort, die Menge und den Typ aller oben aufgeführten Objekte vorlegt; ...

... in Übereinstimmung mit den in Paragraph 13 unten festgehaltenen Arrangements dringende Vor-Ort-Inspektionen und die Zerstörung, Entfernung oder angemessene Unschädlichmachung aller oben aufgeführter Gegenstände akzeptiert;

16. Erklärt erneut, daß der Irak – unbeschadet der Schulden und Verpflichtungen des Iraks von vor dem 2. August 1990, die in den üblichen Verfahren behandelt werden – nach internationalem Recht haftbar ist für jeden direkten Verlust, Schaden, einschließlich Umweltschäden und des Raubbaus an natürlichen Ressourcen, oder Schädigungen gegenüber ausländischen Regierungen, Staatsbürgern und Unternehmen als Ergebnis der verbrecherischen Invasion und Besetzung Kuweits;

17. Beschließt, daß die Erklärungen des Iraks seit dem 2. August 1990, in denen seine ausländischen Schulden geleugnet werden, null und nichtig sind, und fordert, daß Irak genauestens seine Verpflichtungen hinsichtlich Zinszahlung und Tilgung all seiner ausländischen Schulden befolgt;

18. Beschließt, einen Fonds zu schaffen, um Entschädigungen für die Ansprüche nach Paragraph 16 oben zu zahlen, und eine Kommission zu gründen, die diesen Fonds verwaltet; ...

20. Beschließt mit sofortiger Wirkung, daß die Verbote für den Verkauf oder die Versorgung des Iraks mit anderen Gütern und Produkten als Medizin und gesundheitlichen Produkten und die Verbote von damit verbundenen finanziellen Transaktionen, die in der Resolution 661 (1990) enthalten sind, sich nicht auf Nahrungsmittel beziehen sollen, die dem in Resolution 661 (1990) gegründeten Komitee angezeigt werden, oder – mit Zustimmung dieses Komitees in einfacheren und schnelleren Verfahren – auf Materialien und Versorgungsgüter für wesentliche zivile Zwekke, wie in dem Bericht des Generalsekretärs vom 20. März 1991 (S/22366) und in weiteren Feststellungen humanitärer Erfordernisse durch das Komitee ausgewiesen;

21. Beschließt, daß der Rat die Bestimmungen des Paragraphen 20 alle 60 Tage im Lichte der Politik und Praktiken der Regierung des Irak überprüft, einschließlich der Ausführung aller entsprechenden Resolutionen des Sicherheitsrates, um zu bestimmen, ob die hierin genannten Verbote verringert oder aufgehoben werden sollen;

22. Beschließt, daß nach der Zustimmung des Rats für das in Paragraph 19 oben geforderte Programm und nach der Feststellung des Rates, daß der Irak alle in den Paragraphen 8, 9, 10, 11, 12 und 13 vorgesehenen Maßnahmen erfüllt hat, das Verbot des Imports von Gütern und Produkten aus dem Irak und das Verbot von damit verbundenen finanziellen Transaktionen, die in Resolution 661 (1990) enthalten sind, keine weitere Kraft oder Wirkung haben;

23. Beschließt, daß das durch Resolution 661 gegründete Komitee bis zu Schritten des Rats nach Paragraph 22 oben ermächtigt werden soll, Ausnahmen vom Verbot des Imports von Gütern und Produkten aus dem Irak zu genehmigen, wenn dies zur Sicherung angemessener finanzieller Mittel seitens des Iraks notwendig ist, um die Maßnahmen nach Paragraph 20 oben auszuführen;

24. Beschließt, daß in Übereinstimmung mit Resolution 661 (1990) und den später folgenden Resolutionen und bis zu weiteren Entscheidungen des Rates alle Staaten weiterhin den Verkauf oder die Lieferung, die Begünstigung oder Förderung solcher Verkäufe oder Lieferungen an den Irak, durch ihre Staatsbürger oder von ihrem Territorium oder unter Nutzung von Schiffen oder Flugzeugen unter ihrer Flagge verhindern:
von a) Waffen oder verwandten Materialien aller Typen, besonders einschließlich des Verkaufs oder Transfers über andere Wege von allen Arten konventioneller militärischer Ausrüstung, einschließlich jener für paramilitärische Kräfte, und Ersatzteile sowie Teile und Produktionsmittel für solche Ausrüstung;
b) in Paragraph 8 und Paragraph 12 angegebenen und bezeichneten Gegenstände, soweit sie nicht anderweitig genannt sind;
c) Technologie unter Lizenz oder anderen Transfervereinbarungen, die in der Produktion, Nutzbarmachung oder Lagerhaltung der in den Unterparagraphen a) und b) oben genannten Gegenstände benutzt wird;
d) Personal oder Materialien für die Ausbildung oder technische Hilfsdienste bezüglich Entwurf, Entwicklung, Herstellung, Nutzung, Wartung oder Unterhaltung der in den Unterparagraphen a) und b) oben genannten Gegenstände;

25. Fordert alle Staaten und internationalen Organisationen auf, sich strikt an den Paragraphen 24 zu halten, ungeachtet der Existenz von Verträgen, Übereinkommen, Lizenzen oder anderen Vereinbarungen; ...

28. Erklärt sich einverstanden, seine Entscheidungen in den Paragraphen 22, 23, 24 und 25 regelmäßig und in jedem Fall 120 Tage nach der Verabschiedung der Resolution zu überprüfen, ausgenommen die in den Paragraphen 8 und 12 aufgeführten und definierten Punkte, unter Berücksichtigung der allgemeinen Einhaltung dieser Resolution durch den Irak und des Fortschritts in Richtung auf Rüstungskontrollen in der Region; ...

33. Erklärt, daß nach offizieller Unterrichtung des Generalsekretärs und des Sicherheitsrats durch den Irak über seine Annahme der oben genannten Bestimmungen ein formaler Waffenstillstand zwischen dem Irak und Kuweit und den mit Kuweit nach Resolution 678 (1990) zusammenarbeitenden Mitgliedsstaaten in Kraft ist;

34. Beschließt, sich weiter mit der Angelegenheit zu beschäftigen und alle weiteren Schritte zu unternehmen, die für die Erfüllung dieser Resolution und zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in dem Gebiet nötig sein könnten."

...und das Ausmaß der Zerstörungen im Irak

In dem Bericht des UN-Sonderbeauftragten, der in Paragraph 20 der Resolution erwähnt wird, stellte (der Finne) Martii *Ahtisaari*, der im Auftrag der UN vom 10. bis 18. März den Irak bereist hatte, „beinahe apokalyptische Folgen" der Zerstörung der wirtschaftlichen Infrastruktur des Irak, der Lebensmittel- und Wasserversorgung und der Seuchenbekämpfung fest.

Ein Bericht der UNICEF besagt, daß 5 Millionen Kinder in der gesamten Region des Nahen Ostens der Hunger- und Seuchentod drohe. Wenn Epidemien wie Cholera oder Typhus ausbrechen, werden sie sich vermutlich in der ganzen Region ungehemmt ausbreiten.

Auszüge

aus dem Bericht des stellvertretenden Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Martii *Ahtissari*, vom 20. März dieses Jahres über die Ergebnisse seiner Informationsreise in den Irak.

Allgemeine Bemerkungen

8. Die Mitglieder meiner Mission und ich waren mit der Medienberichterstattung über die Situation im Irak und natürlich mit dem jüngsten Bericht der WHO/UNICEF über den Zustand der Wasserversorgung, der sanitären und gesundheitlichen Bedingungen in der Umgebung von Bagdad vertraut. Es sollte trotzdem angemerkt werden, daß nichts von dem, was wir gesehen oder gelesen hatten, uns genügend auf die Verwüstungen vorbereitet hat, die diesem Land jetzt widerfahren ist. Der jüngste Konflikt hat nahezu apokalyptische Zerstörungen der Wirtschaft in einer Gesellschaft hervorgerufen, die sich bis zum Januar auf einem hohen städtischen und mechanisiertem Niveau befand. Jetzt sind die meisten Grundbedingun-

gen heutiger Lebensweise zerstört oder erheblich eingeschränkt. Für die nächste Zeit ist der Irak in ein vorindustrielles Zeitalter verbannt worden, verbunden allerdings mit all den Nachteilen nachindustrieller Abhängigkeit von der intensiven Nutzung von Energie und Technologie.

9. Mein Mandat beschränkte sich darauf, die Notwendigkeit wichtiger humanitärer Unterstützung abzuschätzen. Die große Aufgabe, die Erfordernisse eines Wiederaufbaus der zerstörten Infrastruktur des Iraks einzuschätzen, oder gar Fragen der Entwicklung waren nicht Bestandteil. Dementsprechend beschränkt sich mein Bericht mit seinen thematisch geordneten Teilen darauf, mit der größtmöglichen Exaktheit das Ausmaß der Bedürfnisse im primär humanitären Bereich darzustellen, und zwar in den Bereichen Trinkwasser und sanitäre Einrichtungen, des grundlegenden Gesundheitszustandes und der medizinischen Versorgung, Nahrungsmittel, Unterkünfte und die zur Verfügbarkeit dieser Mittel notwendigen logistischen Voraussetzungen. Der Analyse liegt die Realität zugrunde, der zufolge aufgrund des Krieges nahezu alle funktionsfähigen Treibstoff- und Energiequellen (mit Ausnahme einer beschränkten Anzahl mobiler Generatoren) nicht funktionsfähig sind...

10. Diese Bedingungen, zu denen noch bürgerkriegsähnliche Unruhen in einigen Landesteilen hinzukommen, führten dazu, daß die Behörden nicht einmal in der Lage sind, das Ausmaß der Schäden festzustellen, geschweige denn auf die Auswirkungen angemessen zu reagieren. Hinzu kommt noch eine extrem geringe Verfügbarkeit von Treibstoff für den Verkehr oder zum Betrieb von Wasser- und Abwasserpumpen. So können z.B. Krankenwagen nur unter großen Schwierigkeiten und zeitlichen Verzögerungen die Krankenhäuser erreichen...

Nach Angaben der Behörden und der Gewerkschaften können annähernd 90% der Industriearbeiter ihre Arbeit nicht verrichten und werden ab Ende März über kein Einkommen mehr verfügen...

Der Irak importierte vor diesen Ereignissen 70% seiner Nahrungsmittel. Aufgrund des Treibstoffmangels, der Importbeschränkungen und des vollständigen Zusammenbruchs des Verteilungssystems verringerte sich der Nahrungsmittelfluß durch den privaten Sektor bei steigenden Preisen auf ein Rinnsal...

Die landwirtschaftliche Produktion ist hoch mechanisiert, und viel Land ist von Bewässerung mittels Wasserpumpen abhängig... Für die irakische Gesellschaft und Volkswirtschaft stellt der Mangel an Energie ein allgegenwärtiges Hindernis sogar für kurzfristige, massive Anstrengungen dar, die lebenserhaltenden Bedingungen in jedem Bereich menschlicher Bedürfnisse aufrechtzuerhalten.

Nahrungsmittel und Landwirtschaft

11. (...) Die vom Sicherheitsrat verhängten Sanktionen haben bereits die Möglichkeiten des Landes, seine Bevölkerung zu ernähren, negativ beeinflußt...

15. Die Getreideernte im Juni dieses Jahres ist aus einer Reihe von Gründen erheblich beeinträchtigt. Dazu gehören der Mangel an Bewässerung und Drainage (keine Energie für Pumpen, fehlende Ersatzteile); keine Pflanzenschutz- und Düngemittel (vorher importiert) und Treibstoffmangel und fehlende Ersatzteile für die hochmechanisierten Erntemaschinen. Sollte es zu einer Mißernte kommen oder die Erträge weit unter dem Durchschnitt liegen, was ohne eine rasche Änderung der Lage sehr wahrscheinlich ist, werden weitverbreitete Hungerbedingungen zu einer realen Möglichkeit...

21. Durch die Zerstörung der Kraftwerke, Ölraffinerien, der Hauptöllager und chemischen Fabriken, die von der Wasserversorgung abhängen, sind alle elektrisch betriebenen Einrichtungen funktionsunfähig. Dieselbetriebene Generatoren können nur sehr begrenzt eingesetzt werden, da zu ihrem Betrieb Treibstoff, Wartung, Ersatzteile und Bedienungspersonal fehlen. (...) Die Wasserqualität in Bagdad wird durch die Einleitung unbehandelter Abwässer vermindert...

34. In bezug auf die Kommunikationsmöglichkeiten wurde der Mission mitgeteilt, daß alle internen und auswärtigen Telefonsysteme zerstört seien, mit Ausnahme einer kleinen Vermittlungsstelle in einer Stadt. Sie hatte Gelegenheit, eine Anzahl kriegsbeschädigter oder zerstörter Einrichtungen zu inspizieren und sammelte über die Situation in der Umgebung von Bagdad und anderen städtischen Zentren eigene Erfahrungen.

35. Die Rolle der Energie im Irak ist aufgrund der hohen Verstädterung (70% der Bevölkerung leben in Städten), Industrialisierung und der ausgedehnten, sehr heißen Sommer besonders wichtig (...) Die Bombardierung zerstörte nahezu den gesamten Öl- und Elektrizitätsbereich..."

■ ■ ■

Augenzeugen veranschaulichen den UN-Bericht

Nach seiner Rückkehr aus dem Irak sagte der Sprecher der Hilfsorganisation der dänischen Kirche einer dänischen Zeitung:

„Nach dem Krieg waren wir die erste Hilfsorganisation, die mit Arzneimitteln und Hilfsgütern im Irak eintraf. Deshalb berichteten wir zuerst, daß Bagdad nicht völlig zerstört sei. Es sah nicht aus wie Dresden oder Düsseldorf nach dem Zweiten Weltkrieg. Aber es hatte eine ganz besondere Art der strategischen Bombardierung stattgefunden. Es fragt sich, ob nur militärische Ziele bombardiert worden sind. Ist ein Postamt ein militärisches Ziel? Sind Brücken über den Tigris militärische Ziele? Was sind Straßen, Anlagen zur Wasserversorgung und zur Kanalisation? Was wir sahen, war die vollständige wirtschaftliche Lähmung Bagdads und des Irak... Alle Lebenslinien waren gekappt."

Ein Vertreter des Roten Kreuzes, so fährt der Sprecher, Skov *Hansen*, fort, habe ihm geschildert, daß es zwei oder drei Jahre dauern werde, nur um die Wasserversorgung, Stromversorgung und Kanalisation in Bagdad wieder herzustellen. Nichts könne repariert werden, alles müsse von Grund auf neu gebaut werden.

Ein anderer Vertreter der dänischen Hilfsorganisation der Kirche berichtete einer anderen dänischen Zeitung:

„Tausende von Kindern, schwache und

alte Menschen werden in den kommenden Monaten an Hunger und verunreinigtem Tigriswasser sterben. Was ich in Bagdad während meines einwöchigen Aufenthaltes gesehen habe, erinnert mich an Symptome, die ich aus dem hungernden Afrika kenne. Wegen des verunreinigten Wassers ist bereits Durchfall verbreitet, ebenso Hungersymptome wie Eiweißmangel, besonders bei Kindern, die zu wenig Milch bekommen. Ich habe in den Krankenhäusern schreckliche Fälle von Diarrhöe gesehen, Bett an Bett dehydrierte Kinder mit Symptomen des Verhungerns. Sie sahen aus wie Kinder aus Konzentrationslagern. Eines starb, als ich dort war... Ich kann nur sagen, wir werden Krankheiten und Sterberaten erleben, die die Zahl der direkten Kriegsopfer bei weitem übersteigen werden. Für präventive Maßnahmen ist es zu spät."

■ ■ ■

Weitere Veröffentlichungen zum Golfkrieg:

Eine pluralistische Sammlung von Beiträgen zu den Zusammenhängen und Folgen des Golfkrieges bringt die März-Ausgabe 91 der *Gewerkschaftlichen Monatshefte*, als Autoren u.a. Gilbert Ziebura, Dan Diner, Henryk M. Broder, Gerhard Zwerenz
(Bund Verlag GmbH,
Postfach 90 08 40,
5000 Köln 90).

Den Themenschwerpunkt *Krisenregion Mittlerer Osten* behandelt die Ausgabe März 91 der "blätter des iz3w"
(Informationszentrum
Dritte Welt, Postfach 53 28,
7800 Freiburg i.Br.).

Aufsätze zum Golfkrieg und dessen Folgen publiziert ferner das Heft 1/91 der Vierteljahreszeitschrift "Forum Wissenschaft"
(Bund demokratischer
Wissenschaftlerinnen
und Wissenschaftler,
Postfach 543,
3550 Marburg).

Tagungshinweis: Eine andere Moderne?

am 8. Juni 1991 in Frankfurt

Die Frage nach gesellschaftlichen Alternativen hat nach dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus" auch die Demokratietheorie wiederbelebt. In der aktuellen Diskussion geht es um Modelle der „Zivilisierung" und „Demokratisierung" des kapitalistischen Systems. Die theoretische Diskussion dieser Problematik ist nicht ohne Auswirkungen auf die politische Auseinandersetzung innerhalb des „links-grün-alternativen Spektrums" geblieben.

Die gegenwärtigen Kontroversen (Golfkrieg!) haben aber zugleich einen erschreckenden Mangel offenbart: einen (mit der gebotenen Vorsicht: scheinbar) fehlenden Bezug zu den Problemen und Herausforderungen der realen gesellschaftlichen Entwicklung (der sie zumindest ihre Attraktivität verdanken). Diesen Zusammenhang herzustellen, soll eine zentrale Intention und Aufgabenstellung der geplanten Veranstaltung sein.

Es fällt auf, daß die Kluft zwischen den subjektiven Wahrnehmungen gesellschaftlicher Realität und deren „objektivem" Verlauf größer zu werden droht (oder bereits größer geworden ist). Vor diesem Hintergrund spielt die Frage nach dem *Zusammenhang gesellschaftlicher Erfahrung* eine wesentliche Rolle für die Entwicklung von Kriterien zur Kritik der bestehenden Gesellschaft und Alternativen. Die Feststellung, daß es bei den Diskussionen in Ost und West um völlig verschiedene Dinge gegangen ist, bzw. geht, ist trivial. Zu insistieren wäre jedoch darauf, daß sie unter einer Fahne wie „Zivilgesellschaft" offenbar auch nicht vereinheitlichbar sind. Ulrich Beck hat in seinem Buch („Politik der Risikogesellschaft") auf diese Schwierigkeit hingewiesen: *daß nämlich die Transformation des „realen Sozialismus" und die Modernisierung des kapitalistischen Systems der Produktion und Reproduktion sowohl zeitlich zusammenfallen als auch Prozesse von einem hohen Grad an Ungleichzeitigkeit darstellen.* Eine „andere Moderne", die beide Aufgaben miteinander vereinbart, setzt eine Politik voraus, die Chancen der Demokratisierung des Kapitalismus konsequent ausschöpft. Politikansätze eines solchen „radikalen Reformismus" (Joachim Hirsch) stehen im Mittelpunkt der diesjährigen Arbeitsgruppentagung des Sozialistischen Büros (SB), wo in thematisch strukturierten Foren Thesen und Konzepte zur Diskussion gestellt werden sollen.

Kontakt und Informationen:
Sozialistisches Büro (SB)
Postfach 10 20 62
6050 Offenbach/M.
Tel.: 069 / 88 50 06
FAX : 069 / 82 11 16